ZECK

das info aus der flora

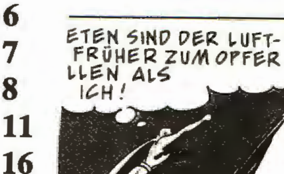
zeck nr. 111, juli 02

Danke Struppi!!!!

Danke Waldi!!!!!

www.lasslinksliegen.de

Inhalt



Vorweg

Laut der jüngsten Erhebung des Landesamtes zur Verteidiung bürgerlicher Rechts- und Ausbeutungsverhältnisse hat sich am Stand der Bewegung wenig geändert. Im Bericht für 2001 heißt es frustriert „Die Szene ist nach wie vor in zahlreiche kleine, ständig wechselnde Gruppen zerfasert... Durch sich ständig wiederholende Grundsatzdiskussionen kann sich die Szene nicht dynamisch nach vorn entwickeln. Hinderlich wirkt sich auch die relativ große Fluktuation in der Szene auf die Politkfähigkeit und Verfestigung von Strukturen aus. So zogen sich im Verlauf der letzten beiden Jahre ca. 25% der Autonomen aus der Szene zurück, etwa die gleiche Anzahl von Personen rückte nach. Diese „Neuen" durchlaufen das gleiche Diskussionsmuster; auch das ist ein eher bremsendes Element in diesem Prozess."
Soweit die nicht ganz falsche Analyse. Leider konnten wir in dem Bericht keinen Absatz finden, der uns eine Anleitung für ein „dynamisch nach vorn entwickeln" gibt. Keine Grundsatzdiskussionen führen, die Fluktuation stoppen? Beides läßt sich kaum vermeiden, will die Szene nicht Bestandteil einer versteinerten Gesellschaft werden. Aber wir werden das nochmal grundsätzlich diskutieren und dann mal weitersehen.
Das Gefühl, in einer Zeitschleife gefangen zu sein, wird alle beschleichen, die den neusten „FSK-Antisemitismus-Streit" mitbekommen haben (S.6). Wie vor eineinhalb Jahren wurde auch jetzt ein palästinensischer Genosse interviewt, der dann die Sachen sagt, von denen der deutsche Genosse zumindest mitbekommen hat, daß solche Inhalte in einem linken Medium nichts zu suchen haben. Radiointern läßt sich nichts klären, die AnbieterInnengemeinschaft spricht ein Sendeverbot aus und die betroffene Gruppe mobilisiert gegen die „Zensur". Es mag für ihre politische Isolierung sprechen, daß die betroffene Gruppe nicht wie beim letzten Streit zunächst eine breitere Öffentlichkeit für ihr Vorgehen sucht, sondern gleich gewaltsam die Durchsetzung ihrer Sendung erzwingen wollte. Viel besser scheint es das auch nicht zu machen.
Abschließend danken wir der Stadtentwicklungsgesellschaft und der unglaublich kreativen Werbeagentur für die Vorlage des Titelbilds. Es ist so wichtig in Zeiten wie diesen, daß wir gemeinsam im Stadteil, über die einzelnen Interessen hinweg etwas gegen das intolerante und rücksichtslose Breitmachen der Kackwürste unternehmen. Kein Fußbreit dem Kackhaufen.

Einen richtig dynamisch nach vorne gehenden Sommer wünscht,

die Red.

Impressum
V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Eigendruck im Selbstverlag

Kurzes

Einmal Party

Die für den 6. Juli angesetzte (und leider schon angekündigte) **Soliparty für die ordnungswidrigen Land in Sicht-Tage** im August in Hamburg wurde aus Termingründen der beteiligten Bands **auf den 3. August verschoben.**

Zweimal Party

der politische Hintergrund zur antifa soliparty am 27. Juli in der Flora

die story...
wie schon so oft: naziaufmarsch in neumünster. ein paar hundert faschisten marschieren durch die stadt. wie immer genehmigt, geschützt und ermöglicht von stadtverwaltung und polizei. bei einer antifaschistischen gegendemonstration kommt es zu festnahmen
der prozess
einem der festgenommenen antifaschisten wird vorgeworfen, sich bei seinem protest gegen den nazi-aufmarsch "ungesetzlich" verhalten zu haben. trotz wirrer zeugenaussagen kommt es zu einer verurteilung. mehrere monate haft zur bewährung ausgesetzt und einige tausend euro geldstrafe. doch damit nicht genug: die staatsanwaltschaft hat berufung eingelegt, fordert längere haft und mehr geld
da wir der meinung sind, dass antifaschistischer widerstand gegen nazis nicht kriminell sondern notwendig ist, machen wir unsere (nicht nur) finanzielle unterstützung nicht abhängig von "schuldig" oder "unschuldig" im sinne der gerichte! in erster linie sind solche urteile als abschreckende exempel für alle aktiven antifaschistInnen zu verstehen, welche sich auch abseits vom bürgerlichen "aufstand der anständigen" und sinnlosen lichterketten ernsthaft gegen faschismus zur wehr setzen. also, kommen, tanzen, gutes tun! ; -)
mfg autonome antifa hamburg

NPD-Stand in Barmbek

Am Montag dem 3.6. veranstaltete die NPD in Barmbek direkt vorm Karstadt einen Infostand mit dem Ziel, Mitglieder anzuwerben und Unterschriften für die Europawahl zu sammeln. Es waren je zwei Alt- und Jungnazis anwesend.
Als die Nazis ihren von den Bullen nicht geschützten Stand abbauten, wurden sie von beherzten Antifas angegriffen. Unter dem Applaus einiger Passanten wurde der Stand zerstört, die Unterschriftenlisten vernichtet und wenigstens ein Nazi schwer verletzt. Während einer Großfahndung, auch mit Hubschrauber, wurden 3 Personen, die anscheinend ins Fahndungsbild passten, verhaftet. Insgesamt waren sie neuneinhalb Stunden in Gewahrsam und wurden ED-misshandelt. Sie sind nun von einem Verfahren wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung und Landfriedensbruch bedroht.

Da die Nazis Unterschriften für die Europawahl sammeln wollten, ist davon auszugehen, dass sie es woanders wieder versuchen. Also Augen offen halten, werdet aktiv und böse! Und vor allem: **Lasst euch nicht erwischen!!!**

Protest gegen Möllemann

Rund 200 Menschen protestierten am 11. Juni gegen den Auftritt von Jürgen Möllemann beim innenpolitischen Forum der FDP Hamburg. Die FDP Hamburg, selbst im Bündnis mit Schill, gehört zu den FDP-Landesverbänden, in denen der von Möllemann repräsentierte Kurs der Haiderisierung der FDP große Zustimmung findet. Die „Welt" berichtete in der letzten Woche gar, dass größere Teile des Landesverbandes aufgrund des „Drucks", den der FDP-Vorstand auf Möllemann ausübe, diskutiert hätten, den Wahlkampf für die FDP einzustellen. In diesem Zusammenhang stand dann wohl auch die Einladung Möllemanns.
Angesichts recht kurzfristiger Mobilisierung – zur Kundgebung aufgerufen hatte die PDS, ganz unterschiedliche politische Strömungen beteiligten sich – war die Teilnahme an der Protestkundgebung überraschend gut. In mehreren Beiträgen wurde die Kritik am Antisemitismus Möllemanns und seiner Politik der Brandstiftung geführt.
Nach Beginn der öffentlichen FDP-Veranstaltung begaben sich zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den Saal, um sich mit Möllemann direkt auseinanderzusetzen. Der schwieg. Dafür ließen seine Parteikollegen den Saal nach einiger Zeit durch die Polizei von den Kritikern räumen, um nach fast einstündiger Unterbrechung ungestört über liberale Grundsätze in der Innenpolitik schwadronieren zu können. Einige mutmaßliche FDPler verließen aus Protest gegen Möllemann und die Räumung den Saal ebenfalls.
Die Polizei ging bei der Räumung des Hamburg-Hauses teilweise mit nackter Gewalt vor, u.a. gegen Esther Bejarano, Überlebende des Holocaust und Mitglied des Auschwitz-Komitees. Die über 80-Jährige wurde von Polizisten mit dem Knüppel geschlagen und zur Seite gestoßen.
(scc, aus: Lokalberichte vom 13.6.02)

Anwerbeversuch in einem Wohnprojekt

Am Mittwoch, den 5.06. gab es einen Anwerbeversuch. Gegen 12.30 Uhr klingelte es an der Haustür und ein „Herr Moll" sagte, dass er zu mir wolle. Nachdem ich ihm die Haustür geöffnet hatte, gab es ein kurzes Gespräch im Treppenhaus. Er sagte, dass er von der Innenbehörde käme. Ich sei doch Schüler und seine Behörde hätte einen Job für mich. Auf meine „Begriffsstutzigkeit", um was es ginge, warum er mich anspricht, wollte er im Treppenhaus nicht eingehen. Ich habe gesagt, dass ich auf seinen Job



keinen Wert lege. Nach ca. 1 Minute ist er gegangen.
Er hatte eine Zeitung zwischen die Haustür gelegt und ich hörte, wie er mit anderen sprach. Als ich die Tür aufmachte, standen insgesamt fünf Figuren (vier Männer, eine Frau) mit Sonnenbrille vor der Tür. Ich habe laut gerufen, dass diese Typen von der Innenbehörde sind. Sie sind schnell weggegangen und haben sich getrennt. Nachdem wir ihnen im Auto zu zweit gefolgt sind, haben sie sich noch mal getrennt und ich bin dann einem von ihnen hinterher. Der fing an zu laufen und hörte erst wieder auf, nachdem ich stehen geblieben bin. Die anderen haben sich durch die Grünanlagen verzogen. „Herr Moll" war schon vorher weg. Ganz offensichtlich sollten wir nicht mitkriegen, in welches Auto sie steigen.
Personenbeschreibung:
„Herr Moll": um die 50 Jahre, ca. 1.75-1.80, graue Haare bzw. Schläfen, Schirmmütze, Jeanshose, blaue Jacke (sportlich), zwei Tage Bart, leicht dicklich. Als ich ihn im ersten Moment sah, wirkte er auf mich wie ein „leicht heruntergekommener Versicherungsvertreter".
1.Mann: kurze Haare, fast Glatze, markantes, unangenehmes Gesicht, eher „Kieztyp", muskulös gedrungen, ca. 1.75 m, Ende 30 Anfang 40, kein Bart
2. Mann: kurze dunkelblonde Haare, ca. 1.90 m schlank, sah sportlich aus, Mitte 40
Frau: blondes halblanges Haar, schlank, sportliches Aussehen, Anfang 30
3. Mann: habe ich kaum gesehen
Soweit erst mal meine Begegnung mit der „Dritten Art".
Sie, ob nun Bullen oder Verfassungsschutz, versuchen immer wieder Leute anzuwerben. Dabei ist es wichtig, sich nicht mit ihnen auf ein Gespräch einzulassen, sondern klar und deutlich zu machen, dass sie sich verpissen sollen. Danach möglichst schnell ein Gedächnisprotokoll machen, mit Leuten reden und den Anwerbeversuch öffentlich machen. Selbst wenn es reizen sollte, herauszufinden was sie wollen, hat ein Gespräch sicher keinen „Erfolg". Ganz im Gegenteil, denn die Bedingungen bestimmen sie und sie werden nichts sagen, was nicht gesagt werden soll, aber Du weißt überhaupt nicht, auf was es ihnen ankommt. Außerdem hast Du die Arschlöcher dann sicher weiter auf den Hacken.

International bordercamp

19. – 28.7 2002 – Strasbourg

Dieses Jahr wird Strasbourg der Schauplatz des ersten europaweiten Grenzcamps. Dieses Camp, initiiert vom „noborder" Netzwerk, wird organisiert von AktivistInnengruppen aus verschiedenen europäischen Ländern. Zusammensetzen wird es sich aus 10 Tagen Aktionen, Workshops und Diskussionen, die den zentralen Bereich „Freiheit von Bewegung und Niederlassung für alle" aufgreifen.
Das Camp setzt sich zum Ziel, AktivistInnen und MigrantInnen und ArtistInnen überall aus Europa in einem Freiraum von kreativem Widerstand und zivilen Ungehorsam zusammenzubringen. Strasbourg wurde ausgesucht, da es der Sitz des Schengener Informations Systems (SIS) ist – nicht aufgrund des Ansehens als Hauptstadt der europäischen Vereinigung.
Die Datensammlung des SIS befindet sich in einem der unscheinbaren Mittelklassevororte von Strasbourg und ist eines der zentralen Werkzeuge der Einführung eines postmodernen elektronischen Grenzregimes. Sie beinhaltet Massen an personengebundenen Daten – vor allem von Flüchtlingen und MigrantInnen, welche an verschiedenen Grenzen zurückgewiesen wurden oder welche zur Abschiebung aus Europa aufgelistet werden.
Ni frontiéres Ni nations Ni contrôle social
Shutdown the SIS

Veranstaltungen in Hamburg:
Sie kaufen dein Glück, stehlen wir es
Als Vorbereitung für die Fahrt zum Camp gibt es in Hamburg ein Treffen mit Kurzfilm. Nach einer Kurzvorstellung des Projektes, der Beteiligung und Motivation wird hier der aktuelle Stand der Vorbereitung gesammelt, sowie die Möglichkeit für organisatorisches gegeben sein. Selbstdarstellung eigener Ideen für Projekte und Aktionen ist ausdrücklich erwünscht.
Am Mittwoch, den 3.Juli 19:30 Uhr im BUTT Club, St. Pauli-Hafenstrasse 126 (Balduintreppe unten Richtung Fischmarkt)

bewegung, gipfel, consulta, peoples global action.
Den darauffolgenden Sonntag gibt es im Rahmen des Café Niemandsland in der Flora ab 18:30 eine Diskussionsveranstaltung. Thema ist die Entwicklung einer emanzipatorisch-herrschaftsablehnenden Perspektive gegen die neoliberale Globalisierung. Strasbourg als noborder Camp stellt neben dem Bezug zu bisherigen Grenzcamps auch eine mögliche Weiterentwicklung des Gipfelsturm-Konzeptes gegen die herrschende Globalisierung dar. Es wird ein Film gezeigt und Thesen zu Konzepten grenzübergreifender Bewegung zur Diskussion gestellt.
Am Sonntag, den 7. Juli 18:30 Uhr in der Roten Flora



Land in Sicht Ordnungswidriges Aktionscamp Hamburg 16.–22. August 2002

Das Wegbrechen sicher geglaubter individueller Freiheitsrechte, die Abwicklung sozialer Sicherungssysteme, der Ausbau repressiver Staatsorgane, ein verschärfter Verwertungsangriff in allen gesellschaftlichen Bereichen, das Projekt Festung Europa, militärische Konfliktlösungen, kurz: eine Gesellschaft, in der es zum Regelfall zu werden droht, vor allem Ausschlüsse zu produzieren, um die »Anderen«, seien es Flüchtlinge, Arbeitslose oder Junkies wovon auch immer auszuschließen: Wir sind nicht gewillt, diesen Mist hinzunehmen. Niemand hat das Recht, die Welt mit piefigem Kleingeist und ordnungsliebender Gewalt zu verpesten!

Wir treffen uns Mitte August in Hamburg zu einem Aktionscamp, um den alten und neuen starken Männern und Frauen auf den Zahn zu fühlen und ihnen heimzuleuchten. Alle, die im Widerspruch zu den beschriebenen Verhältnissen stehen, rufen wir auf, sich daran zu beteiligen. Wie schon bei den Grenzcamps der letzten Jahre heißt das, uns und besonders den Ort an dem wir campen zum Testfeld neuer Aktionsformen und Analysen zu machen. Hamburg ist besonders geeignet, weil hier zur Zeit Entwicklungen sichtbar werden, die beispielhaft für andere Städte und Regionen stehen. Das Auftreten nach Außen ist uns dabei ebenso wichtig wie die »Binnenprozesse«: Das Land-in-Sicht-Camp auch verstanden als Versuch oppositioneller Vergesellschaftung bietet viel Raum, die aktuellen gesellschaftlichen Tendenzen in Hamburg, in Europa, weltweit zu untersuchen und zu den folgenden Fragen theoretisch und praktisch aktiv zu werden:

- Wo sind die Unterschiede zwischen einer rot-grünen und einer rechtspopulistischen Politik, und gibt es sie überhaupt?
- Welche emanzipatorischen Vorstellungen lassen sich entwickeln sowohl gegen autoritäre Ordnungssysteme als auch gegen das Chaos neoliberaler Entgarantierung? Welche kollektiven Alternativen gibt es anstelle der Klage um den Wegfall der sozialstaatlichen Ordnung? Wie lassen sich auch die innerlinken Ordnungssysteme zum Tanzen bringen?
- Welche Bedeutung haben Rassismen in dieser Gesellschaft? Ist Antirassismus nur eine »verkümmerte Form der Gesellschaftskritik« oder bildet er die Basis unseres emanzipativen Projekts?

Es ist eine wunderliche Sicht der Dinge, die sich um uns breit machen will. Sie findet, dass die Welt einfach ist und in einer einfachen Welt gibt es nur *die Guten* und *die Bösen*, *innen* und *außen*, *uns* und *die anderen*, *die Nützlichen* und *die Störenden*. Sie findet, dass es einfache Lösungen gibt: *Die Bösen* soll man wegmachen, *das Außen* aussperren, *die Anderen* sich selbst überlassen, *die Störenden* vertreiben. Sie hat auch einfache und klare Positionen: Wer an Brechmitteln stirbt, hatte wohl etwas zu verbergen; wer nicht reich werden will, braucht sich über mangelnde Unterstützung nicht zu wundern: wer nicht für sie ist, ist gegen sie. Sie meint das nicht böse, aber sie kann nicht anders: Sie sieht sich bedroht, sie fühlt sich betrogen: sie ist guten Willens, aber ihr ist alles zuviel. Das *Außen*, es liegt ihr einfach nicht.

Autoritäre Formierung

Keiner hat das Recht zu gehorchen
(Hannah Arendt)

»Bettler, Hunde, Müll« titelte das Hamburger Abendblatt nur einen Tag nach dem Wahlerfolg des Ronald Barnabas Schill. Besser könnte die autoritäre Formierung kaum auf den Punkt gebracht werden – Ordnung muss sein! Galten Arme und Obdachlose in der alten BRD noch als zu integrierende Opfer denen gesellschaftlich auf die Beine geholfen werden musste (auch darin steckte ein Zwang) scheint es unter Schill opportun, Menschen mit Müll in einem Atemzug zu nennen und als Entsorgungsproblem darzustellen. Als gesellschaftliche Subjekte, mit eigenen, unveräußerlichen Rechten, tauchen bestimmte Gruppen in der sich autoritär formierenden Gesellschaft nicht mehr auf, die Tatsache, dass ihre Interessen gegen die anderer gesellschaftlich verhandelt werden müssten, verschwindet zusehends aus dem Gesellschaftsentwurf der Mehrheitsbevölkerung. Widersprüche werden als Bedrohung, als Sicherheitsproblem gesehen, gegen welches die staatliche Repression in Stellung gebracht wird.

Rechtspopulismus

An die WählerInnen von Schill und Konsorten: Natürlich habt ihr ein Recht auf ein gutes Leben! Aber ihr habt kein Recht darauf, eure Ängste vor Veränderungen zum Maßstab für alle Welt zu machen.

Schill, Berlusconi, Pim Fortuyn, Jörg Haider, Le Pen und Anders Fogh Rasmussen, kaum ein europäisches Land in den der Rechtspopulismus nicht spektakuläre Wahlerfolge vorzuweisen hat. Bei aller Unterschiedlichkeit ist all diesen Parteien ge-

mein, dass sie sich um eine charismatische Führungspersonen scharen und dass sie sich als Anti- bzw. Protestpartei zum Parteienarrangement der Nachkriegszeit verstehen, welches sie durchweg durch Filzvorwürfe diskreditieren. Programmatische Linien lassen sich hinter einer überbordenden Sicherheits und Ordnungs-Polemik kaum erkennen. Viel mehr erscheinen diese Parteien als Sammelgefäß von Ängsten und Ressentiments, die sich in allen nur möglichen Formen der Säuberungsphantasien gegenüber Menschen, Müll oder Straßenpollern niederschlagen. Bis vor kurzem wurden diese Bedürfnisse von den rechten Rändern der Volksparteien und rechtsextremen Protestparteien (DVU, Rep) aufgefangen. Von letzteren setzen sich rechtspopulistische Parteien neuen Typs allerdings dadurch ab, das sie keineswegs völkisch (wer *uns* nutzt darf bleiben) aber durchweg neoliberal sind, und die Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme mit Vehemenz fortführen.
Antifaschistische Politiken, die sich gegen den völkischen Kern der Protestparteien richten perlen bisher an rechtspopulistischen Parteien ab. Aber auch Ansätze die sich appellativ aufklärerisch an das Nachkriegs-Parteienarrangement richteten laufen bei diesen »Parteien« ins Leere. Und wen gilt es anzugreifen wenn Schill und Konsorten doch nur die »Aufhänger« sind.

Innere Sicherheit

»Sicherheit und Recht und Ordnung für das Deutsche Vaterland«, so könnte eine aktuelle Fassung der ersten Zeilen der sogenannten Nationalhymne heißen. Und als würden sie dieser Änderung vorgreifen wollen übertreffen sich noch die letzten Provinzstädtchen in der Aufstellung von Bürgerwehren und der Platzierung von Überwachungskameras im öffentlichen Raum. Sicherheitspartnerschaften werden geschmiedet, das DenunziantInnentum hat hohe Zeit, und was heute noch Witz ist (»Diese Toilette wird in ihrem eigenen Interesse aus hygienischen Gründen videoüberwacht«) ist meist morgen schon von der Realität überholt.
Sicherheit kann nie erreicht werden. Sie ist ein Politikfeld der sich selbst erfüllenden Prophezeihungen, in dem Handlungsfähigkeit immer wieder auf's neue behauptet werden kann. Und tatsächlich scheint sich die Spirale der Sicherheit unaufhaltsam zu beschleunigen.
Was bringt Menschen dazu sich permanent überwachen zu lassen? Welche Ängste bewegen Menschen dazu ihre individuellen Freiheitsrechte derart atemberaubend einschränken zu lassen, dass die dazu notwendigen Maßnahmen nicht mehr in ein Sicherheitspakt passten, sondern gleich in ein zweites gepackt werden mussten? Wie weit gibt es überhaupt noch ein Bewusstsein für individuelle Freiheitsrechte?
Was tun also, wenn Menschen auf den Hinweis »sie werden von Kameras überwacht« antworten, »das ist auch gut so«? Was tun, wenn im Rahmen der Innenstadtaktionen übertriebene Sicherheitskontrollen durchgeführt werden und die meisten sich das ohne mit der Wimper zu zucken gefallen lassen. Neue Aktionsformen müssen her!

Tatort Hamburg

Im Frühjahr 2001 nahm einmal wieder die Anzahl der Berichte über die Hamburger Drogenszene in den Zeitungen zu, bald folgten beinahe täglich Bilder von zu Boden gedrückten Schwarzen auf denen ein bis mehrere Drogenfahnder lasteten. Die zunächst nur diffus auf Sicherheit und Ordnung ausgerichteten Tiraden des Richters »Gnadenlos« Schill fanden in den rassistisch markierten »Tätern« bald ein leidlich auszuschlachtendes Ziel. Als der rot-grüne Senat seine Felle davonschwimmen sah, ließ man gar vor angekarrten PressevertreterInnen ein Flüchtlingsschiff von mehreren hundert Beamten stürmen, um Handlungsfähigkeit zu beweisen. Doch selbst dieser Angriff auf Flüchtlinge reichte angesichts der eskalierten rassistischen Stimmung in Hamburg nicht aus um »den Wähler« davon zu überzeugen, dass auch die Sozis richtig zulangen können. Der Innensenator wurde ausgewechselt, und ein kombinierter Angriff der Innen-, Sozial- und Ausländerbehörde gegen Afrikaner in Hamburg in Gang gesetzt. Ein Teil dieses »Sicherheitskonzepts« war die Einführung des Brechmitteleinsatzes im Spätsommer 2001 noch unter einem rot-grünen Senat. Dass Achidi John erst im Dezember durch diese Folter getötet wurde, ist reiner Zufall und dies ist den Akteuren bewusst: Roger Kusch (Justizsenator) konnte nach dem Mord unwidersprochen äußern »Wir haben doch alle gewusst das so etwas passieren kann«. Ein kurzer Blick auf die LeserInnenbriefe macht deutlich, dass auch der Bevölkerung der mögliche Foltertod in ihrer Stadt bewusst war – sie stand vehement hinter dem frisch gewählten Bürgerblock.
Doch mit dem Bürgerblock (FDP-CDU-Schill) bricht die autoritäre Formierung sich nicht nur rassistisch ihre Bahn. Während im Sozialbereich reihenweise Frauenprojekte, Drogeneinrichtungen und die Straßensozialarbeit zusammengestrichen werden (www.schlechter-streich.de) leistet sich Hamburg in Billwerder den größten Gefängnisneubau der Republik sowie die Einstellung von 700 neuen PolizeibeamtInnen und die Wiedereinführung geschlossener Heime. Die Botschaft ist klar: Sicherheit und Ordnung statt Solidarität sind die neuen Leitbilder hanseatischer Vergesellschaftung.

Weg mit den Brechmitteleinsätzen!

Einladung zum Ferienkommunismus

Wir wollen gemeinsam mit all denen, die im Widerspruch zu den oben beschriebenen Verhältnissen stehen, unsere Erfahrungen, Analysen und daraus folgenden Politiken austauschen. Das Camp in Hamburg soll hinreichend Zeit und Raum bieten, die Erfahrungen der Einzelnen und Gruppen nicht nur auszutauschen, sondern auch Gehörtes zu erproben, sich über partielles oder gänzliches Scheitern von Aktionen und Politiken auszutauschen und aus den Erfahrungen Neues zu entwickeln.

Im Herzen des Widerspruches

Machen wir uns nichts vor – es gibt genügend Gründe für berechtigten Selbstzweifel:
Stimmen Anspruch und Wirklichkeit überein? Wo stehen wir uns selbst im Weg? Wie steht's mit unseren eigenen Ressentiments gegen »Bürger«, gegen »Reformisten«? Was fehlt für neue praktische Ansätze? Wie kann Befreiung heutzutage praktisch werden? Und wie wollen wir eigentlich leben? Das ruhige einfache Leben. Der Luxus schöner Güter. Die nächtlichen Exzesse. Sie Schönheit warmen Nieselregens. Die Geilheit der Endorphinproduktion beim Tanzen. Die bewusstseinserweiternde Wirkung der Dröge Diskussion. Die freudige Erregung in der kalkulierten Konfrontation mit der Macht und ihrer Deppen. Die Wahrheit im Richtigen wie im Falschen. Der Kitzel des Aushaltens und Produktivmachens von Widersprüchen.

Kramt in euren Aktionskisten. Berichtet welche Aktionen bisher an der realexistierenden Bevölkerung zerschellt sind (und wie ihr euch das erklärt) und auch von solchen die etwas bewirkt haben, oder euch der Vorstellung einer Gesellschaft in der ihr leben wollt näher gebracht haben. Ganz besonders begehrt sind natürlich die neuesten Analysen und Praktiken, die womöglich in Hamburg ihre Uraufführung finden, und anderen AktivistInnen glänzende Augen bereiten werden.

Kommt alle!

Statt diese Welt zu überwachen, zu »säubern« und zu verbieten werden wir sie aufmischen. Wir werden die Populisten und ihre AnhängerInnen so schwindelig machen, dass sie nicht mehr wissen, wo innen und außen ist. Wir werden richtig was zu lachen haben.

- **Den Ressentiments und der Politik der Angst eine Perspektive für alle in den Weg stellen!**
- **Netzwerke lokaler und globaler Bedürfnisbefriedigung aufbauen!**
- **Dann gilt mit Sicherheit: Land in Sicht!**

Serviceteil

Das »Land-in-Sicht-Camp« ereignet sich vom 16.–22. August in Hamburg • in der Reihe »antirassistisch campen« bildet es den Abschluss nach dem 5. antirassistischen Grenzcamp in Jena (12.–19.7.) und dem no border camp in Strasbourg (19.–28.7.) • ca. 2 Wochen vor dem Camp wird das Camp-Büro unter der Telefonnummer 040-39 90 69 83 zu erreichen sein oder per E-Mail unter <kontakt_lis@nadir.org> • weitere Infos gibt's im Internet bei <www.nadir.org/landinsicht> • mitbringen müsst ihr Campingutensilien, viel Ausdauer und jede Menge Spaß an Aktionen, Diskussionen und Streits, sowie einen Campbeitrag von 20 €

Ein Schlag gegen den Mossad?

1. Den Weg freiprügeln: Was am 20.6.02 im Freien Sender Kombinat vorgefallen ist

Am Morgen des 20.6.02 versuchte eine Gruppe von ca. dreizehn Personen der Redaktion *Afrika, Asien, Lateinamerika in Kontakt (Inkontakt)* und deren Umfeld, sich gewaltsam Zugang zu den Räumen und der Studiotechnik des *Freien Sender Kombinats* (FSK) zu verschaffen. Dabei wurden mehrere FSKlerInnen verletzt. Kern der *Inkontakt*-Gruppe waren [illegible] vom *Koordinationskreis gegen staatlichen Rassismus* und die *junge-welt*-Journalistin [illegible]

Die Sendereihe von *Inkontakt*, einer Redaktion, die der Radiogruppe *Forumradio* lose assoziiert ist, wurde am 6.6.02 seitens der AnbieterInnengemeinschaft des FSK (ABG) vorübergehend ausgesetzt. Die ABG ist das höchste beschlussfassende Gremium des FSK, in dem alle Radiogruppen vertreten sind und das grundlegende Entscheidungen über das Programm trifft. In einer Abstimmung sprachen sich die Delegierten der Radiogruppen mit acht Ja-, drei Nein-Stimmen und drei Enthaltungen für die zeitlich begrenzte Aussetzung aus. Grund für dieses Vorgehen waren antisemitische und den Holocaust relativierende Inhalte in einem Interview zu Israel und Palästina am 11. April (vgl. Erklärung vom 19.6.02 auf Deutsch und Englisch). Die vierwöchige Aussetzung der Sendung sollte einer Verständigung über die Sendekritik und einer Klärung des weiteren Verbleibs der Sendereihe im FSK-Programm dienen. *Forumradio* ist von der ABG beauftragt worden, für die Einhaltung dieses Beschlusses zu sorgen.

Entgegen diesem Beschluss kamen am Donnerstag nach der ABG, am 13.6., die RedakteurInnen von *Inkontakt* mit einer Gruppe von UnterstützerInnen, um qua physischer Präsenz ihre Sendung zu erzwingen. Unter den UnterstützerInnen waren mehrere Personen, die im FSK bereits zuvor störend und gewalttätig aufgetreten sind (u.a. [illegible] vom antiimperialistischen Frühstückscafe in der B5). Daraufhin wurde ihnen am folgenden Donnerstag, den 20.6., der Zutritt zum Studio durch eine Sitzblockade von sieben FSKlerInnen, darunter Mitgliedern der Geschäftsführung, verwehrt.

Nach einem kurzen Wortwechsel beschimpften und bespuckten einige, u.a. in der B5 aktive Männer die Sitzenden und versuchten, sich durch die Sitzblockade auf der Treppe zum Sendestudio zu drängen. Als dies nicht gelang be gannen sie, die Sitzenden zu treten, auf sie einzuprügeln und einzelne von der Treppe zu ziehen. Die anwesenden drei Frauen der *Inkontakt*-Gruppe hielten sich bei diesen Übergriffen abseits, um nach einiger Zeit die Männer zurückzuhalten. Die folgende Auseinandersetzung lief zunächst verbal ab. Wie auch später wurde immer wieder geschrien, dass die FSKlerInnen "the government" seien, "Polizeimethoden"" anwenden würden, "zensierend" aufträten und "Rassisten"" seien; die Ausrufe gipfelten in den Behauptungen, sie seien "Marionetten", bezahlt vom "Mossad" (israelischer Geheimdienst) und dem "Verfassungsschutz". Auch homophobe Beschimpfungen wie "cocksucke" fielen. Insgesamt gab es wiederholt Angriffe auf die Sitzenden, in deren Verlauf auch ein Stuhl in die Richtung der FSKlerInnen geschleudert wurde.

Ein FSK-Redakteur, der nach den ersten Übergriffen die Räume des FSK betrat, bekam nach seiner Bemerkung zu einem der *Inkontakt*-Unterstützer [illegible] dieser habe doch Hausverbot (wegen Tätlichkeit), von diesem sofort einen Schlag ins Gesicht. Als er dem Schläger daraufhin einen Tritt gab, wurde er in die Gruppe gezerrt, von mehreren nach unten gehalten und acht bis zehn Mal von einem namentlich unbekannten Schläger mit dem Knie ins Gesicht getreten.

Hätte er sein Gesicht nicht schützen können, wäre er schwer verletzt worden. FSKlerInnen, die ihn herauszogen, wurden mit Faustschlägen traktiert. Nach diesem letzten Angriff gab es noch eine Weile Beschimpfungen, dann verließ die *Inkontakt*-Gruppe das FSK- Gelände.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Begleiter von [illegible] sofort, ohne jede Vorwarnung und routiniert geprügelt haben. Teilweise wurde eindeutig geschlagen, um zu verletzen.

2. Kritik als Verschwörung: Wie die *Inkontakt*-Gruppe die Kritik an dem von ihr gesendeten Antisemitismus als „Vorwand" darstellt, hinter dem sich Rassismus verberge.

Gegen die Kritik an den antisemitischen Inhalten der Sendung (nachzulesen in der Erklärung vom 19.6.) wehren sich die *Inkontakt*-RedakteurInnen in einem offenen Brief und verschiedenen FSK-Sendungen. Sie leugnen den antisemitischen Gehalt in dem Interview mit dem Palästinenser vom 11.4. Statt dessen

behaupten sie, der "Antisemitismusvorwurf" sei vorgeschoben und erklären die zeitweilige Aussetzung der Sendung als "Angriff auf den Flüchtlings- und MigrantInnenwiderstand und als Unterstützung der rassistischen Haltung des deutschen Staates" mit dem Ziel, "nationale Befreiungsbewegungen sowie antiimperialistische Positionen zu bekämpfen". Der Beschluss, die Sendung vier Wochen auszusetzen, wird als "undemokratisch", "staatskonform" und "rassistisch" wahrgenommen. Die Reaktion der SendungsmacherInnen auf die Kritik beschränkt sich darauf, die vorläufige Aussetzung ihrer Sendereihe als gezieltes und mutwilliges Hinausdrängen von Sendungen, die "Migranten und Flüchtlingen eine Plattform bieten" [illegible], zu denunzieren.

Im FSK senden schon seit Bestehen des Projektes Einzelpersonen und Gruppen verschiedener Herkunft. Antirassismus war stets ein Schwerpunkt im Programm des Radios. VertreterInnen der *Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen*, die zur Zeit ein wesentlicher Teil der Mobilisierungskampagne von *Inkontakt* ist, waren schon häufig in Sendungen verschiedener FSK-Redaktionen und Radiogruppen; Berichte über antirassistische Projekte sind für alle Redaktionen des FSK selbstverständlich. Sie gehören auch zur Praxis der am Donnerstagmorgen tätlich Angegriffenen.

Die Inkontakt-SendungsmacherInnen meinen, dass FSK aufhört, ein Freies Radio zu sein, wenn bestimmte Formen der Rede dort unterbunden werden. FSK ist jedoch kein Offener Kanal, in dem allen Interessierten Sendezeit eingeräumt werden muss. Die Freiheit Freien Radios besteht nicht in der unbeschränkten Redefreiheit, was z. B. antisemitische Inhalte angeht. Im Freien Radio geht es nicht darum, allen Meinungen Platz einzuräumen und am Ende einen Querschnitt gesellschaftlicher Positionen unhierarchisch nebeneinander stehen zu lassen. Das Frei im Freien Radio bedeutet vielmehr, ohne direkte Bindungen an bürgerliche Medien kritische Gesellschaftsanalysen zu betreiben und sich dabei die Freiheit zu nehmen, auch die eigene Praxis immer wieder kritisch zu hinterfragen. Freies Radio definiert sich also gerade im Protest gegen eine mediale Öffentlichkeit, die meint, bestimmte Dinge auch mal sagen dürfen zu müssen.

FSK trägt eine politische Verantwortung, was auf 93,0 Mhz über den Sender geht. In diesem Sinne wird von allen Sendenden erwartet, dass keine rassistischen, sexistischen, homophoben, antisemitischen und anderweitig chauvinistischen und revisionistischen Inhalte in Sendungen enthalten sind. Sollten z.B. InterviewpartnerInnen sich derart äußern, muss von Seiten der Moderation interveniert werden.

Darüber hinaus definiert sich Freies Radio gerade über seine selbst organisierte Struktur. Werden Beschlüsse der entscheidungsfindenden Gremien nicht eingehalten, entzieht dies dem FSK komplett die Grundlage. Der Gedanke, sich zur Sendetechnik durchzuprügeln, negiert die Struktur des FSK.

Die deutschen Antira-Männer in den Reihen der *Inkontakt*-Gruppe offenbaren ein instrumentelles Verhältnis zu MigrantInnen, wenn sie die an sie gerichtete Kritik nur als rassistisch verstehen können. Indem sie die migrantische Identität übernehmen,

stilisieren sie sich zu Opfern, die sich nicht sind. Bei den Übergriffen am letzten Donnerstag traten vor allem deutsche Männer in Erscheinung, denen seit Jahren ihr Ruf als Schläger vorauseilt. Es war deutlich, dass der Konflikt einigen Typen dazu diente, Leute zusammenzuprügeln, die sie kurzerhand als Staatsmacht" definierten. Die Tatsache, dass einige der ProtagonistInnen MigrantInnen sind, enthärtet nicht die an sie gerichtete Kritik. Der Umkehrschluss, dass der Widerstand der FSKlerInnen gegen solche Typen rassistisch sei, entmündigt die anwesenden MigrantInnen, da er ihnen selbständiges politisches Handeln abspricht.

Der Vorwurf des Rassismus verdeutlicht noch einmal die Herangehensweise der *Inkontakt*lerInnen. Am Nachmittag der Übergriffe waren die *Inkontakt*lerinnen im *Mumia Abu Jamal-Magazin* zu Gast, wo sie sich als Opfer von FSK darstellten. Das Bild der im FSK rassistisch unterdrückten, diffamierten MigrantInnen wurde nochmals eingängig vorgetragen: "Wir sind keine Clowns, wir sind keine Hunde [...] wir werden unsere Arbeit verteidigen." Dieser Ausspruch von █ hofiert nicht nur das oben genannte Bild, sondern erweckt durch den Pathos der Wortwahl zusätzlich den Eindruck, *er* wäre am Morgen gewalttätig angegangen worden, und nicht etwa umgekehrt. In derselben Nachmittagssendung berichtete eine spanischsprachige Frau sehr emotional, „jedenTag werden Flüchtlinge angegriffen, aber sie leisten jeden Tag Widerstand" ... und weiter: „man kann über alles reden" und sie würde nicht verstehen, warum im FSK Gewalt angewendet werden würde. Auch in diesem Ausspruch findet sich einerseits eine Gleichsetzung staatlicher rassistischer Politik mit dem Beschluss der AnbieterInnengemeinschaft und andererseits die Verdrehung der Tatsache, von wem die Gewalt ausging und durchgeführt wurde: von Seiten der *Inkontakt*-Gruppe.

An keiner Stelle wurde von *Inkontakt* auf den Grund der Sendungsaussetzung, die antisemitischen Inhalte, eingegangen. Dieses völlige Ignorieren der Begründung der Aussetzung und das Insistieren auf der Haltung „Sendeverbot für MigrantInnen und Flüchtlinge" lässt leider nur eines übrig: das Stilisieren der eigenen Position als die der immerwährenden Opfer, die sich legitim gegen die „herrschenden Verbote und Zensuren" auflehnt.

Durch die etlichen verbalen Äußerungen, v.a. Beschimpfungen und Drohungen, die während des Vorfalls verlautbart wurden, tritt offen zu Tage, dass der Ausgangspunkt der vorläufigen Aussetzung der Sendereihe von *Inkontakt* nicht anerkannt und in keiner Weise nachvollzogen wurde. Das brutale Vorgehen der Gruppe hat daraufhin jede weitere Diskussion verunmöglicht.

Antisemitische Argumentationen und den Holocaust relativierende Vergleiche gehören nicht in das Repertoire, welches unter „freie Meinungsäußerung" subsumiert werden kann.

Wer Leute zusammenschlägt, hat im FSK nichts zu suchen und gehört politisch isoliert.

Hamburg, den 24.6.02

Der Vorstand
Die ABG-Delgierten von Radio Loretta, Stadtteilradio und Uniradio goes Academic Hardcore

Anm. d.Red: Die usprüngliche Begründung für die Aussetzung der In-Kontakt Sendung („Antisemitismus im FSK- Transparenzversuche") sowie die Stellungnahme eines Betroffenen findet Ihr unter fsk-hh.org oder direkt im FSK (Schulterblatt 23c). Die schriftliche Antwort auf die „Transparenzversuche„ der In-Kontakt Gruppe müßte sich zumindest als Leseexemplar ebenfalls dort befinden.



Keine Macht für Niemand

Ein Kommentar zur Antisemitismus-Debatte

In der momentan stattfindenden Antisemitismus-Debatte fehlt es nicht an Parteinahmen (sei es pro-palästinensisch oder pro-israelisch) und auch nicht an Anschuldigungen (die pro-palästinensische Position sei antisemitisch, die pro-israelische unterdrückerisch und (ebenso?!) faschistisch). Als libertäre Linke lehnen wir die israelische Kriegspolitik genauso ab wie palästinensische Selbstmordattentate, insbesondere, weil beide unschuldige ZivilistInnen treffen. Wir sind gegen die Kriegsherren Scharon und Arafat, beide haben für genug Unglück und Tote gesorgt. Und wir lehnen Staatsgebilde jeglicher Art ab. In einer von Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Welt, an die wir glauben und für die wir eintreten, werden Staaten nicht existieren, weil Menschen (zumindest die meisten!) keine Machtstrukturen wollen und brauchen. Der israelische Staat hat angesichts einer in Staaten aufgeteilten Welt wie kein anderer seine Existenzberechtigung, da nach Pogromen und besonders dem Holocaust jüdische Menschen einen geschützten Raum dringend benötigten und benötigen. (Und kein Land bereit gewesen wäre, über die Asylaufnahme hinaus vom eigenen Territorium etwas abzutreten). Auch wenn wir Staaten ablehnen, müssen wir - besonders als Deutsche- dieses anerkennen. Und Israel hat auch das Recht, sich zu verteidigen. Wir ergreifen nicht Partei für die vielen islamischen Fundamentalisten, die Israel und jüdische Einrichtungen vernichten wollen. (Da u.a. auch linke AktivistInnen von diesen angegriffen und umgebracht wurden, wären wir auch schön blöd, uns mit Menschen, die einen totalitären "Gottesstaat" wollen, zu solidarisieren!)

Aber daß die israelische Regierung die ganze Bevölkerung Palästinas straft, sie in einem relativ wohlhabenden Land unterhalb der Armutsgrenze leben läßt und aggressive Kriegspolitik gegen sie betreibt, ist kritikwürdig. Diese Kritik hat nichts mit Antizionismus zu tun und noch weniger handelt es sich um Antisemitismus, um eine JüdInnenfeindliche Haltung. Wir katapultieren uns selbst ins Boot der Rechten, wenn wir Kritik an der Vorgehensweise der israelischen Politik mit Antisemitismus vermischen. Im Gegensatz zu rechten Anti-Israel-Hetzern ist uns diese Trennung möglich, wenn wir sie deutlich machen! Zu einer konstruktiven Antisemitismus-Debatte fehlt u.M.n.., daß beleuchtet wird, wo genau antisemitische Inhalte, bewußt oder unbewußt, von der Linken, insbes. der radikalen Linken übernommen wurden. Es wird uns leichter fallen, unsere eigen Rassismen und Antisemitismen zu erkennen und zu bearbeiten, wenn wir uns nicht in Stücke reißen beim kleinsten "Fauxpas", sondern erst nachfragen, dann klären und schließlich bearbeiten. In der Hoffnung auf genau dieses mischen wir uns in die Debatte mit ein !

Noka und andere, Flensburg

(Anm.d.red.: die überschrift ist von uns)

AUFRUF AN ALLE ANTIKAPITALISTISCHEN UND BASISDEMOKRATISCHEN BEWEGUNGEN/ GRUPPEN/ KOLLEKTIVE

Zweite europaweite Konferenz des Peoples` Global Action (PGA)-Netzwerkes vom 31. August bis zum 4. September 2002 in Leiden, Niederlande

PGA ist ein weltweites Netzwerk, das auf eine dauerhafte, friedliche, grenzenlose und basisdemokratische Alternative zum Kapitalismus und zu allen Systemen der Unterdrückung und Herrschaft hinarbeitet. Movimento de Resistencia de Global (MRG-Catalunia) und das Eurodusnie-Kollektiv (Leiden, Niederlande) sind die europäischen Gastgeber des kommenden Treffens und rufen die verschiedenen sozialen Bewegungen in Europa, welche sich dem Selbstverständnis und den Organisationsprinzipien des PGA-Netzwerkes (den sogenannten "hallmarks") verbunden fühlen, dazu auf, sich vom 31. August bis zum 4. September in Leiden (Niederlande) zur Zweiten europäischen PGA-Konferenz zusammenzufinden. (Eine Beschreibung der "hallmarks" und der Geschichte von PGA findet Ihr im Internet unter <www.agp.org>)

<u>Ausrichtung der Konferenz</u> Mit dieser Konferenz sollen folgende Zwecke verfolgt werden:

*Ideen- und Erfahrungsaustausch zwischen den verschiedenen Gruppen, Kollektiven und Bewegungen
*Austausch von praktischen Fertigkeiten und Aktionsformen
*theoretische und strategische Reflektionen und Debatten
*Ausweitung und Verbesserung der Netzwerkstruktur
*Schaffung eines Begegnungsraumes, in welchem Gruppen ihre Aktivitäten koordinieren und Kontakte untereinander knüpfen können
*Laufende Kampagnen bekannt machen und möglicherweise neue Kampagnen starten
*besseres Kennenlernen untereinander durch informellen Austausch u. kulturelle Aktivitäten

Wir, die Gastgeber und die UnterstützerInnen der Konferenz, werden nicht das inhaltliche Programm der Konferenz vorbereiten, sondern beschränken uns darauf, den thematischen Rahmen zu setzen und eine unterstützende Logistik beizusteuern: Schlafplätze, Verpflegung, Konferenzräume, Kulturprogramme und Koordination zwischen den verschiedenen Programmpunkten und –inhalten. Wir wollen außerdem einen Computer-Arbeitsraum und ein Indymedia Center einrichten. Wir zählen also darauf, dass Ihr, die Teilnehmer und Teilnehmerinnen, den Inhalt des Programmes mitbestimmt und mitgestaltet.

<u>Themen der Konferenz</u>

Die Konferenz soll um sieben Themenfelder herum organisiert werden:

1) Migration, Rassismus, Antirassismus
2) Autonomie und Selbstorganisation (Hausbesetzungen, Soziale Zentren, Medien/Kommunikation)
3) Wirtschaft (WTO, IWF, Weltbank, WeltWirtschaftsForum WEF, Öffentliche Dienste und ihre Privatisierung, Lage in Argentinien, Beziehungen zwischen Nord und Süd)
4) Ökologie, Naturschutz (Klimawandel, Genmanipulierte Organismen, Natur-u. Tierschutz, Biodiversität)
5) Militarisierung und Repression (Friedensbewegung, religiöser Fundamentalismus, Solidaritätsbewegung)
6) Struktur der PGA (PGA-Organisationsstruktur, Convenors der nächsten PGA-Konferenz)
7) Strategien, Aktionsformen und Taktiken



Wie auf der Ersten europäischen PGA-Konferenz vorgeschlagen, sollen geschlechtsspezifische Aspekte nicht in einem eigenen Themenblock, sondern innerhalb jedes der betreffenden Themenfelder behandelt werden. Die Auswahl der Themenbereiche und der diesbezüglichen Ausarbeitungen sind selbstverständlich zunächst nur Vorschläge, willkürlich gewählt und deshalb nicht dazu bestimmt, unveränderlich so bestehen zu bleiben. Die Aufgliederung in verschiedene Bereiche ist zunächst einmal eine Methode, dem Inhalt der Konferenz eine Struktur zu geben, und außerdem ein Versuch, die auf der dritten PGA-Konferenz in Cochabamba, Bolivien, vorgeschlagenen "langfristigen Kampagnen" in unsere europäischen Realitäten zu übertragen. Diskussionspunkte und offene Fragen Wir möchten in Leiden darüber diskutieren, ob sich genügend engagierte Menschen finden, die dazu bereit sind, dauerhafte PGA-Organisations- und Diskussionsbereiche zu bilden. Für das Treffen in Leiden wird sich eine Hauptfrage stellen: Welche Strategien brauchen wir, um unseren Kampf für einen radikalen Wandel der gegenwärtigen Sozialen Beziehungen so wirksam wie möglich zu stärken? In den letzten Jahren haben sich Millionen von Menschen an den Protesten gegen die Gipfel der Mächtigen beteiligt. Die Illusion eines "heiligen" Marktes ist immer mehr erschüttert. Es wächst scheinbar unablässig die Unterstützung für die Kritik am Kapitalismus und an den ihm dienenden Institutionen. Das bedeutet viele Möglichkeiten für uns, birgt aber auch versteckte Gefahren. Autoritäre AntikapitalistInnen, rechtsgerichtete PopulistInnen und linksgerichtete ReformiererInnen versuchen, unsere Bewegung zu benutzen, um ihren Machthunger zu stillen. Viele Menschen teilen (teilweise) unsere Kritik gegenüber dem Kapitalismus und transnationalen Institutionen und Unternehmen, doch kämpfen sie nicht notwendigerweise für nicht-hierarchische basisdemokratische Alternativen zum globalen Kapitalismus. Wie können wir in einer Bewegung gegen kapitalistische Globalisierung gegenüber anderen politischen Tendenzen und Entwicklungen antworten und Stellung beziehen ? Es gibt viele wichtige Diskussionspunkte. Unter dem Vorwand des "Krieges gegen den Terrorismus" wird die Unterdrückung und Repression gegen diejenigen, die sich nicht dem herrschenden Mainstream anpassen, immer stärker. Es werden große Teile der Gesellschaft, und nicht zufällig die ärmsten, kriminalisiert. Wenn Soziale Bewegungen es wagen, diese Entwicklung zu kritisieren, werden sie sofort mit Terrorismus in Verbindung gebracht. Viele von uns sind schon Opfer dieser Hexenjagd auf Linienabweichler geworden. Leute werden von "Ordnungshütern" verprügelt, aus ihren Häusern geworfen, an Grenzen festgehalten und eingesperrt, und nirgends ist ein Ende der Kriminalisierung in Sicht. All dies sind zusätzliche Gründe, sich über künftige Strategien und Taktiken Gedanken zu machen. Ein weiterer wichtiger Tagesordnungspunkt ist das Funktionieren des PGA-Netzwerkes selbst. PGA begann im Jahre 1998 als weltweites Netzwerk. Die einzige existierende formelle PGA-Struktur besteht aus den regionalen convenors, den NetzwerkkoordinatorInnen. Diese werden in den Konferenzen des Netzwerkes ausgewählt. Es gibt auch verschiedene, mehr oder weniger funktionierende regionale Unterstützungsgruppen, welche hauptsächlich den convenors dabei geholfen haben, die Konferenzen zu organisieren, die aber keinen formellen Status besitzen. Die gegenwärtige Struktur ist nicht gerade ideal, und wir müssen Verbesserungen ausdiskutieren, insbesondere, was unsere Organisationsweise in Europa be-

trifft. Im September 2001 wurde die Entscheidung getroffen, dass die regionalen PGA-Netzwerke selbständig handlungsfähig sein sollten, und damit wurde es notwendig, eine regionale, in unserem Falle europäische Organisationsstruktur zu schaffen. Eines unserer Ziele ist es, diese Entwicklung in der kommenden Konferenz voranzutreiben. Mit der Schaffung einer Anzahl offener technischer Arbeitsgruppen, welche die Funktion einer europäischen Unterstützungsgruppe ausüben sollen, wurde hierfür beim PGA-convenor and support-group-Treffen schon ein Anfang gemacht. Konferenzort und -daten Veranstaltungsort ist Leiden (Niederlande) , wo das Eurodusnie-Kollektiv ansässig ist. Eurodusnie hat zusammen mit der katalonischen Movimento de Resistencia Global die Gastgeberschaft für PGA übernommen. Leiden ist eine kleine, ruhige Universitätsstadt. Sie liegt nur 15 Minuten Fahrtzeit von der Küste entfernt, ebenso nahe liegen Städte wie Utrecht, Rotterdam und Amsterdam. Die Konferenz dauert fünf Tage, mit jeweils einem Tag für An- bzw. Abreise. Als Veranstaltungsorte sind eine Anzahl von über die Stadtmitte verteilten Räumlichkeiten vorgesehen. Mit Ausnahme zweier besetzter autonomer Zonen handelt es sich um vier gewöhnliche Kulturzentren, die wir gegen geringes Entgelt zur Verfügung gestellt bekommen. Das Programm der PGA-Konferenz beginnt am Samstag, dem 31. August und endet am Mittwoch, dem 4. September. Ankunftstag ist der 30. August, Abreisetag der 5. September. Öffentlichkeitsarbeit und Finanzen Wir arbeiten mit einem sehr eng bemessenen Budget, was den meisten teilnehmenden Gruppen wohl vertraut sein dürfte, und die Teilnahme an der Konferenz wird kostenfrei sein. Wir möchten Gruppierungen und Organisationen, die sich die Reise aus finanziellen Gründen nicht leisten können, bitten, sich mit uns in Verbindung zu setzen, genauso wie finanziell besser ausgestattete Organisationen, die bereit dazu wären, etwas zu den Reisekosten für Andere beizusteuern. Wir würden uns freuen, wenn Ihr uns bei der Finanzierung der Konferenz mit Geldspenden oder Soli-Veranstalungen unterstützen könntet. Diese könnten auch eine ausgezeichnete Art und Weise sind, die Konferenz in breiteren Kreisen bekannt zu machen. Helft uns bitte, für die Konferenz zu werben. Erstellt Poster oder Flugblätter, kündigt die Konferenz in alternativen Zeitschriften Eurer Umgebung an. Kommunikationsstrukturen und Mitbeteiligungsmöglichkeiten für die Vorbereitung der Konferenz Analysen, Vorschläge und Beiträge zur Diskussion sind willkommen. Im Zuge der Vorbereitungen der verschiedenen Teile des Konferenzprogrammes haben wir sieben E-Mail-Verteilerlisten eingerichtet, eine für jeden der sieben Themenbereiche. Wenn Ihr Euch hier einbringen wollt, teilt uns dies bitte unter <infopgaconferentie@eurodusnie.nl> (Betreff: getting involved) mit. Wir arbeiten zur Zeit an einem Konferenz-Website, wo die Teilnehmer ihre Diskussionspapiere selbst werden veröffentlichen können. Die Webadresse ist http://www.pgaconference.org. Da nicht Alle Zugang zum Internet haben, möchten wir Euch alle bitten, Anstrengungen zu unternehmen, dass diese Einladung auf allen nur möglichen Wegen in Eurer Umgebung verbreitet wird. Wir fordern jede Gruppe und jedes Kollektiv, welches die PGA-Prinzipien unterstützt, sich aktiv an der Vorbereitung der Zweiten Europäischen PGA-Konferenz zu beteiligen. Wir können ihr nur gemeinsam zum Erfolg verhelfen! Teilnahme an der Konferenz Anmeldeformulare findet Ihr auf der Internet-Seite www.pgaconference.org Neben dem Anmeldeformular findet Ihr auf dieser Web-Seite auch einen Fragebogen, der aus einer Reihe von Fragen bezüglich der Konferenzinhalte und der Aktionsmethoden des PGA-Netzwerkes besteht. Die Anmeldung ist bis spätestens zum 1. August bei uns einzusenden. Für uns ist es notwendig, die genaue Anzahl der TeinehmerInnen so früh wie möglich zu wissen. Für spätere Anmeldungen kann leider keine Garantie auf einen Schlafplatz mehr gegeben werden.



Kurzgeschichte des globalen Widerstandes

In den 90er Jahren hatten immer mehr Teile ehemals systemkritischer Bewegungen (in den "Metropolen" die sog. "Neuen Sozialen Bewegungen", in der "Peripherie" Befreiungsbewegungen) eine immer stärkeren Anpassung an das herrschende System vollzogen - nicht (nur) aus purem Opportunismus, sondern u.a. aus Desillusionierung und Mangel an greifbaren Alternativen. So wurde aus vielen Bewegungen und Gruppen NGO´s oder sozialdemokratisch-neoliberale Parteien, die sich von der Illusion nährten, der einst schon bei der fordistischen "Klassenpartnerschaft" die Gewerkschaften aufgesessen waren: dass, wenn man nur pragmatisch und kompromißbereit genug sei, man auch "ernst" genommen und sein Ziel (welches sich allerdings inzwischen auch geändert hatte) früher oder später erreichen würde. Das fügte sich nur allzu gut in die herrschende Ideologie vom "Ende der Geschichte" (Francis Fukujama) ein, die kurz gesagt behauptet, dass mit dem endgültigen Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus die Geschichte zum Stillstand gekommen sei und sich jegliche Auseinandersetzung um die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung erübrigt habe. Es machte aber auch den Weg frei für eine Auseinandersetzung über alle Unterschiede hinweg, um nach neuen Wegen zu suchen. Von der zapatistischen "Internationale der Hoffnung" zu PGA In diese Situation hinein geschah ein Aufstand mit weitreichenden Folgen: Am 1.1.1994, dem Tag an den Mexiko der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) beitrat, besetzte die **Zapatistische Armee zur Nationalen Befreiung (EZLN)** mehrere Rathäuser, Polizeistationen u.a. im südmexikanischen Bundesstaat Chiapas und füllte die uralten Forderungen nach *"Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit!"* mit neuem Leben. Dass diese indigene Guerilla mit ihrem Anspruch, nicht um, sondern gegen die Macht kämpfen zu wollen, ausser dem Namen nicht viel mit den bis dahin üblichen lateinamerikanischen Befreiungsbewegungen gemeinsam hatte, wurde nicht erst klar, als sie im Sommer 1996 zu einem 1. Interkontinentalen - nein, **"Intergalaktischen Treffen gegen den Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft"** aufrief. Mit dieser Initiative luden sie alle, die sich immer noch nicht ganz mit der bestehenden Weltordnung angefreundet hatten, zu sich in den lakandonischen Urwald ein, um zu beraten, was mensch gegen diesen Feind der Menschheit, der sich jetzt den Namen Neoliberalismus gegeben habe, unternehmen könne. Tatsächlich folgten über 3.000 Menschen aus aller Welt diesem Aufruf zur Bildung eines "weltweiten Netzwerkes der Widerständigkeiten gegen den Neoliberalismus".

" Dieses interkontinentale Netzwerk , das Unterschiedlichkeiten respektiert und Ähn-

lichkeiten anerkennt, wird versuchen, sich mit anderen Widerständigkeiten zusammenzufinden. Dieses interkontinentale Netzwerk der Widerstände ist keine Organisationsstruktur; es hat keinen zentralen Kopf oder Entscheidungsträger, kein Zentralkomitee oder Hierachien. Wir alle bilden dieses Netzwerk, alle, die wir Widerstand leisten." (EZLN, 2. Erklärung der Selva Lakandona)
Dabei hatten die Zapatistas einem Gefühl Gestalt gegeben, das schon damals viele hatten und welches sich in der folgenden Zeit immer weiter ausbreiten sollte: "International oder gar nicht!" war die (tatsächlich gar nicht so) neue Idee. Dies hatte auch mit den Veränderungen der weltpolitischen und -ökonomischen Lage zu tun: So bedeutet Neoliberalismus (dieser Begriff ist übrigens wesentlich durch die Zapatistas aus seiner akademischen Nischenexistenz heraus zu einem breit diskutierten Schlagwort geworden - was allerdings auch nicht unbedingt viel mehr Klarheit geschaffen hat) unter anderem, dass ehemals nationalstaatliche Kompetenzen immer mehr auf supranationale Ebene verlagert werden, was allerdings die Macht des Nationalstaates keineswegs schmälert. So war es ein recht logischer, aber nichtsdestotrotz bedeutsamer Schritt, den Widerstand ebenfalls auf die globale Ebene zu bringen.
Beim 2. Intergalaktischen im Sommer '97 beschloß dann eine Gruppe, aus der sich einige schon von den Gegenaktionen zu der Konferenz der UN-Ernährungs - und Landwirtschafts-Organisation (FAO) kannten, den Gedanken der Zapatistas aufzugreifen und mit dem Aufbau eines Netzwerkes zu beginnen. Auf einer Konferenz in Genf im Februar 1998 wurde dieses Netzwerk dann offiziell unter dem Namen **"Peoples' Global Action gegen ‚Frei'handel und die WTO"** (auf die Übersetzung des Namens wurde, anderes als in anderen Ländern, im deutschen verzichtet, weil des englisches "Peoples'" - eigentlich "Völker" Schwierigkeiten machte: Mit den Aktionen der Völker haben die Deutschen ja so ihre besonderen Erfahrungen gemacht...) gegründet. Die bis dahin nahezu unbekannte **Welthandelsorganiation (WTO)** wurde auserkoren, weil sie besser als jede andere die neuen ökonomischen Machtverschiebungen deutlich macht. PGA versteht sich als offenes Netzwerk und Mittel zur Kommunikation und Koordination, nicht als Organisation, d.h. die Gruppen und Bewegungen, die an PGA teilnehmen, sind weiterhin völlig autonom in ihren Entscheidungen (bspw. ob und in welcher Form sie an Globalen Aktionstagen teilnehmen, solange sie sich im Einklang mit PGA-Eckpunkten[1] befinden), es gibt weder eine Mitgliedschaft noch ein "ZK", welches Aktionen zentral plant und dann an die jeweiligen Gruppen zur Ausführung weiterleitet.

Globale Aktionstage

Diese neue globale Allianz trat das erste Mal im Mai 1998 zu den Protesten gegen die 2.WTO-Ministerkonferenz in Genf auf die Bühne - mit für fast alle Beteiligten unerwartet großem Erfolg: In Genf selbst protestierten am **1.Globalen Aktionstag** am 16.5.1998 8-10.000 Menschen und degradierten in den Zeitungsmeldungen der Schweiz die eigentliche Konferenz fast zum Nebenereignis. Die Behörden reagierten mit einer heftigen Repressionswelle: von Tränengas- und Knüppeleinsätze, über größtenteils unrechtmäßige Verhaftungen bis zu Ausweisungen und Einreiseverbote. Doch auch international war die Resonanz beeindruckend - in mehr als 60 Ländern fanden Aktionen in Zusammenhang mit der WTO statt; allein in Indien fanden über 100 Aktionen mit z.T. mehreren hunderttausend TeilnehmerInnen statt, in Brasilien gab es einen Sternmarsch von 40.000 Landlosen usw....
Im folgenden Jahr fand eine **Intercontinentale Carawane** (ICC) mit fast 500 TeilnehmerInnen aus Indien und anderen Ländern durch Europa statt, die am 18.Juni in Köln zum Weltwirtschaftsgipfel eintraf. Am gleichen Tag fand ein weiterer Globaler antikapitalistischer Aktionstag, der **" June18"** (J18; zu diesem Aktionstag wurde erstmals das Monat/Tag-Kürzel eingeführt) statt, zu dem die Londoner Bewegung Reclaim The Streets aufgerufen hatte, wobei es in London zu den schwersten Ausschreitungen seit über 15 Jahren kam. Dabei wurde auch das Thema Kapitalismus wieder auf die Tagesordnung gesetzt: In vielen Ländern hatte es ähnliche Diskussionen gegeben, dass eine Kritik an Neoliberalismus und Globalisierung nicht ausreiche, da sie nicht das Übel an der Wurzel erfasse (allerdings wurde schon im 1.Manifest von PGA festgehalten, das Globalisierung und Handelsliberalisierung nur die derzeitigen Strategien des Kapitals seien), was unter anderem auch damit zusammenhing, dass es in vielen Ländern Erfahrungen mit stark nationalistischen und protektionistischen Gruppen gegeben hatten, die ebenfalls gegen Freihandel und Globalisierung aktiv waren. Diese Diskussionen flossen bei der **2. PGA-Konferenz** im August 1999 in Bangalore, Indien mit ein und führten u.a. zur Erweiterung der Grundsätze von PGA in klarer Ablehnung von Kapitalismus, Rassismus, Patriachat und religiösem Fundamentalismus. Dort wurde auch beschlossen, zu Aktionen gegen die **3. WTO-Ministerkonferenz Ende November in Seattle** aufzurufen. Der 3.Globale Aktionstag, der am 30.November 1999 (N30) stattfand, ist inzwischen fast zu einem Mythos anvanciert: Zum erstem Mal in der kurzen Geschichte der globalen Aktionstage gelang es einer breiten Allianz, die von NGO-Verbänden über Öko-Anarchos bis hin zum amerikanischen Gewerkschaftsdachverband reichte, eine Konferenz der selbsternannten "global leaders" zum Scheitern zu bringen und damit einen ersten Sieg zu erringen. Dabei waren allerdings diese neuen Allianzen keinesfalls so harmonisch, wie das von außen wirkte. Zwischen den Positionen der eher reformistischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), den großteils nationalistisch-protektionistischen Gewerkschaften und der radikaleren Gruppen, die innerhalb des **Direct Action Network (DAN)** oder im Rahmen der PGA-Karawane agierten, lagen nicht nur Welten, sondern zum Teil auch erhebliche Widersprüche, wenn die einen den Schutz vor Billigimporten zum Schutz nationaler Arbeitsplätze oder Umweltschutz- und Sozialklauseln in der WTO forderten und die anderen die Abschaffung dieser Institution. Allerdings kamen auch dort die Dinge in Bewegung, z.B. wurden nach direkten Kontakten und Austausch zwischen ArbeiterInnen aus den US und aus dem Süden auch schon mal auf Kundgebungen Sprecher, die nationalistische Sprüche losließen, ausgebuht. Auch wenn im nachhinein alle Seattle als Erfolg für sich verbuchten - selbst diejenigen, die mit am Katzentisch der WTO saßen, um die hohen Herren (die Delegierten waren tatsächlich ziemlich ausschliesslich Männer) die eine oder andere Reform im Kleingedruckten abzubetteln - eins hat Seattle ganz sicher bewirkt: Das Bewusstsein, dass der globale Kapitalismus, der sich (neben den konkreten Beschlüssen, die auf solchen Treffen gefällt werden) bei dieser großpurig als ‚Milleniums-Treffen' angekündigten Konferenz selber feiern wollte, letztendlich ein soziales Verhältnis und eben kein Naturgesetz ist, und dass er angreifbar ist - wenn auch vorerst nur auf der symbolischen Ebene.

Der 4. Globale Aktionstag am 1.Mai 2000, genannt **"Mayday"**, war der bisher einzige,

---

[1] Eckpunkte des globalen Netzwerks Peoples' Global Action (wie sie auf der Konferenz in Cochabamba, Bolivien im September 2001 beschloßen wurden):
1. Eine klare Ablehnung von Kapitalismus, Imperialismus und Feudalismus; und aller Handelsabkommen, Institutionen und Regierungen die zerstörerische Globalisierung vorantreiben.
2. Wir lehnen alle Formen und Systeme von Herrschaft und Diskriminierung ab, einschließlich aber nicht beschränkt auf Patriarchat, Rassismus und religiösen Fundamentalismus aller Art. Wir anerkennen die vollständige Würde aller Menschen.
3. Eine konfrontative Haltung, da wir nicht glauben daß Lobbyarbeit einen nennenswerten Einfluß haben kann auf undemokratische Organisationen in die maßgeblich vom transnationalen Kapital beeinflußt sind.
4. Ein Aufruf zu direkter Aktion und zivilem Ungehorsam, Unterstützung für die Kämpfe sozialer Bewegungen, die Respekt für das Leben und die Rechte der unterdrückten Menschen maximieren, wie auch den Aufbau von lokalen Alternativen zum Kapitalismus.
5. Eine Organisationsphilosophie die auf Dezentralisierung und Autonomie aufgebaut ist.

der nicht gegen ein von HERRschender Seite aus angezetteltes Ereignis mobilisierte und auch kein ‚Epizentrum' hatte, sondern im Gegenteil versuchte, über ein selbstgesetztes Datum an eine scheinbar abgerissene Tradition und Geschichte anzuknüpfen, die der Arbeiterbewegung, vor allem an ihre libertären Strömungen. Es ist nicht verwunderlich, dass dieser Aktionstag nicht die Resonanz der anderen hervorrief; dennoch gab es neben interessanten Debatten, die innerhalb dieser "Suche nach den Wurzeln" dieser scheinbar so geschichtslosen Bewegung geführt wurden, auch eine Erweiterung interessanter Verbindungen ins gewerkschaftliche Spektrum. Auch die Kritik am "eventhopping", dem Springen von einem Ereignis zum nächsten, unter der mitunter die Arbeit vor Ort zu leiden hatte (allerdings auch oft im Gegenteil Anstoß gab für neue Bündnisse und Auseinandersetzungen mit für viele neue Themen wie Weltwirtschaft etc.), wuchs.

Weiterentwicklungen: "Globale Kampagnen" und regionale Konferenzen der PGA

Während des 5.Globalen Aktionstags am 26. September 2000 (S26) gegen den **Gipfel des Internationalen Währungsfond (IWF) und der Weltbank in Prag** gab es ein Treffen des convenors-comitees[2] von PGA, bei dem eine ähnliche Kritik am Konzept der Globalen Aktionstage auch von Vertretern südlicher Bewegungen geäußert wurde. In den geführten Diskussion wurde der Wunsch geäußert, den Widerstand und die Aktionskoordinierungen über kurzfristige Mobilisierungen zu einzelnen Ereignissen hinaus auf langfristigere Kampagnen zu erweitern. Im September 2001 wurde dann auf der **3.PGA-Konferenz** in Cochabamba, Bolivien, beschlossen, in vier übergeordneten Themenfeldern zu Globalen Kampagnen aufzurufen:

Gegen (Staats)Repression, Militarismus und Paramilitarismus
Gegen Privatisierungsprojekte
Für Selbst-Bestimmung, Souveränität und Zugang zu Land
Für alternative Modelle zum kapitalistischen System

Diese Kampagnen befinden sich erst in der Initiativphase und im Anfang eines breiteren Diskussionsprozesses. Auch die Bewegungen, Gruppen und Kollektive, die sich in Europa auf PGA beziehen und die Idee der globalen Kampagnen unterstützen wollen, müssen erst noch die Themen und Strategien für solche Kampagnen auf die europäische Realität zu übertragen versuchen.

[2] Im convenors-comitee (eigentlich "Einberufungskomitee" ist aus jeder Region mindestens eine Bewegung vertreten, die auf jeder Konferenz neu gewählt wird. Das convenors-committee ist entscheidungsbefugt in der Zeit zwischen den Konferenzen und ruft beispeilsweise zu den Konferenzen auf.

Der Bezug aufeinander zwischen Bewegungen und Gruppierungen *weltweit* ist zwar ein Kernelement der PGA-Plattform, allerdings wird nicht übersehen, dass es in den jeweiligen Kontinenten unterschiedliche Geschwindigkeiten und Prozessverläufe der Vernetzung gibt. Deshalb ist auf der letzten PGA-Konferenz festgehalten worden, dass die regionalen PGA-Netzwerke auch autonom agieren sollten. Im letzten Jahr gab es bereits in verschiedenen Weltregionen eigene PGA-Konferenzen. So fand in Europa im März 2001 die **1.europäische PGA-Konferenz** in Mailand statt. Nicht zuletzt war Mailand zu diesem Zeitpunkt eine wichtige Kennenlern- und Koordinationsmöglichkeit für alle, die anlässlich der diversen Gegenaktivitäten im Sommer 2001 organisieren oder teilnehmen wollten. Dies erleichterte die Bezugnahme aufeinander im "Summer of Resistance"[3], welcher eine neue Dimension des (Mobilisierungspotenzials des) Protestes und seiner repressiven ‚Begleiterscheinungen' darstellte. Und trotz des Aufrüstens der (EU-) Sicherheitsstaaten im Fahrwasser des 11.September ging der Protest mit der Mobilisierung gegen den EU-Gipfel in Barcelona im März 2002 weiter.

Auf der nun anstehenden **2.europäischen PGA-Konferenz**, die vom 31.08 bis 4.09.2002 in Leiden, Niederlande, stattfinden wird, gibt es also genug Gesprächsstoff und Diskussionsmöglichkeiten, genug Anlass für weitere Planungen und Strategien für alle Bewegungen, Gruppierungen und Kollektive, die mit den Eckpunkten von PGA übereinstimmen können und wollen, und die sich für weitere Vernetzung und Koordinierung zusammenfinden wollen (siehe dazu den Aufruf in diesem Heft oder unter www.pgaconference.org).



[3] Auch die Proteste gegen den G8-Gipfel in Genua wurden Globaler Aktionstag genannt. Mittlerweile hat das Konzept der Globalen Aktionstage eine Eigendynamik gewonnen, die weit über die Intiativwirkung, wie sie das PGA-Netzwerk vor Jahren geleistet hat, hinausgehen. Deshalb stehen die Globalen Aktionstage mit PGA nicht enger in Bezug, wie die Inspiration durch die Zapatistas für die Gründung der PGA. Es geht hier eher um das Entfachen von Dynamiken, nicht um die Organisierung von Prozessen. PGA ist ein eigenständiger und offener Entwicklungsprozess, so wie die Globalen Aktionstage eine eigenständige, spontane und anscheinend nicht wirkungslose Mobilisierungsdynamik und –praktik ist.

Kriegsgespräche (1.0)

Eine Diskussion über unsere Antworten auf den Post-11.09-Krieg[1]

Einführung

Über ein halbes Jahr ist vergangen seit dem Beginn des neuen Krieges des Westens um die globale Hegemonie. Es kann argumentiert werden, dass an diesem Krieg nichts besonders neu ist: die Kette vergangener, aktueller und angekündigter Feldzüge (Afghanistan, Irak, Kolumbien, Sudan, Iran,...), die unter das Verständnis der US-Regierung einer ‚unendlichen Gerechtigkeit' fallen, sind entweder bereits vor dem 11.09 begonnen oder geplant worden, und die einzige substanzielle Veränderung im streng militärischen Sinne ist eine Beschleunigung und Intensivierung bereits bestehender Konflikte. Die subjektiven Veränderungen jedoch, die an diesem Tag eintraten (besonders in der Sicherheitswahrnehmung der Bevölkerung westlicher Staaten), verbunden mit der eben erwähnten Beschleunigung und Intensivierung, sind genug Gründe, den Krieg nach dem 11.09 als eine neue und andere Art des Konfliktes zu verstehen.

Der folgende Beitrag betrachtet ihn als **postmodernen globalen Krieg um die vollständige Macht und Kontrolle**, mit lokalen, nationalen und internationalen Auswirkungen auf der ganzen Welt, in welcher die Wahrscheinlichkeit physischer Konfrontationen (in südlichen wie auch in nördlichen Gesellschaften) ein beispielloses Niveau der Ungleichheit erreicht hat, in welcher die Waffen von Bombenteppichen über Überwachungsmechanismen bis hin zu neuen Abschiebungsgesetzten reichen, und in welcher **der wichtigste Kriegsschauplatz die öffentliche Meinung im Westen** ist, unabhängig davon, wo die jeweiligen Konflikte lokalisiert sind. Ein Kriegsschauplatz, der viele Formen annehmen kann, von ‚Kultur' bis ‚Energie', von Migration bis Religion, und auf welchem **die Herstellung sozialer Angst die wichtigste Waffe** ist.

[1] Dieser Artikel ist aus einer westeuropäischen Perspektive geschrieben, und manche Punkte der Analyse und Schlussfolgerungen sind gewiss für andere Teile der Welt nicht relevant. Wie der Titel vermuten lässt, sollen diesem Artikel weiterentwickelte Fortsetzungen aus verschiedenen Diskussionen folgen, angereichert mit verschiedenen Meinungen, hoffentlich auch von außerhalb Westeuropas. Diese erste Version stellt die Zusammenfassung eines Arbeitskreises zu diesem Thema dar, der im Februar 2002 beim „Rising Tide & EYFA"-Treffen in Can Masdeu (Barcelona) stattfand.

Seit dem Beginn des Krieges wurden viele Erklärungen, Demonstrationen und Aktionen gegen diesen gemacht, es wurden viele Artikel selbst in den Mainstream-Medien veröffentlicht, die dessen Absurdität und Gewaltsamkeit herausstellen. Dies alles aber mit wenig Effekt: die westlichen Regierungen können es sich leisten, unsere Hintergrundgeräusche des Protestes zu ignorieren, denn der Großteil der Bevölkerungen unterstützt entweder aktiv oder zumindest passiv diesen Krieg, oder denken, dass Opposition dagegen sowieso sinnlos ist. Und immer mehr Menschen nehmen teil an der inneren Übersetzung des globalen Krieges, wie Sicherheitswahn, Rassismus und Faschismus. Es ist deshalb notwendig und dringend, dass wir **eine kollektive Diskussion über die Quellen der Legitimation dieses Krieges anstoßen, darüber, wie wir hinsichtlich unserer Analysen, Aussagekraft und Aktionsausrichtung darauf reagiert haben, und darüber, wie wir das verbessern können.**

Der folgende Beitrag versucht einige (unvollständige und subjektive) Andeutungen für eine solche Diskussion zu umreissen. Dies beinhaltet:

- eine Analyse der Veränderungen nach dem 11.09 in der Legitimation von Machtpolitik und deren Konsequenzen;
- eine Bewertung bisheriger Gegenaktivitäten und ihrer Wirkung;
- einen Vorschlag für einen kollektiven Diskussionprozess über die Möglichkeiten, die momentane Situation zu verändern.

Diese Diskussion wird von und für Menschen und Organisationen vorgeschlagen, die an dem Kampf gegen alle Formen der Unterdrückung und Herrschaft teilnehmen (das ist mit dem Wort ‚wir' gemeint). Die Grundannahme hier ist, dass Frieden und positiver sozialer Wandel nur von ‚unten' durch die selbstorganisierte Emanzipation ALLER unterdrückten gesellschaftlichen Sektoren auf der ganzen Welt erreicht werden kann. Zur Klärung sei gesagt, dass diese Menschen und Organisationen ihren Bezug in den ‚globalen emanzipatorischen Netzwerken' finden, denn das, was die Medien (ungenau) als ‚Anti-Globalisierungs Bewegung' bezeichnen, umfasst auch Menschen und Organisationen, die anti-emanzipatorische Ziele verfolgen, an Veränderungen durch bestehende Machtstrukturen glauben, oder diese mithilfe hierarchischer Organisierung erreichen wollen (wodurch Herrschaftsmuster reproduziert werden).[2]

[2] *Die ‚globalen emanzipatorischen Netzwerke' haben keine klar umrissenen Grenzen, denn wir sind alle Teil der ungleichen Machtverhältnisse, selbst wenn wir versuchen, es nicht zu sein. Wie dem auch sei, Du weißt, wer Du bist.*

Macht, Legitimität und sozialer Wandel

Vom 1.Januar 1994 (Beginn des zapatistischen Aufstandes in Chiapas) bis zum 11.September 2001 vermochten die vereinten Bemühungen des emanzipatorischen Netzwerkes aus verschiedenen Kontinenten die etablierte politische Kultur (Fukuyama's *Ende der Geschichte*) herauszufordern und bestehende Prozesse emanzipatorischen sozialen Wandels gegenseitig zu befruchten und zu stärken. Dieser Prozess wurde durch die Kombination lokaler und globaler Diskurse und Praktiken ausgelöst, die die Quelle der Legitimität sowohl der globalen wie auch der nationalen Machtstrukturen untergruben und deren undemokratische und gewalttätige Natur herausstellten.

Bis zum 11.09 wurde die Legitimität der Macht in den Augen der öffentlichen Meinung des Westens auf einer ideologischen Basis konstruiert: sie wurzelte in der angenommenen Überlegenheit der ‚Marktkräfte' als ein Regierungsmechanismus für praktisch alle Aspekte des Lebens und in der konsequenten Unanfechtbarkeit der kapitalistischen Globalisierung. Durch die Kombination einer großen Vielfalt von Diskursen emanzipatorischer Kämpfe aus allen Kontinenten (soziale, Umwelt-, indigene, feministische, anti-rassistische Kämpfe usw.) in konkrete globale Aktionen,[3] wurde das Dogma disqualifiziert und an den Rand einer Krise getrieben. Bevor dies passieren konnte, zerbrach die Arbeit der meisten dieser Kämpfe an der unanfechtbaren Unvermeidlichkeit des Kapitalismus, die die andernfalls nicht akzeptier- und durchsetzbaren politischen Entscheidungen legitimierte (von der Privatisierung des Wassers bis zum konsequenten Abbau indigener Rechte, von der de-facto Versklavung junger Mädchen und Frauen in Sweatshops und Maquiladoras bis zum Zwang, genetisch veränderte Nahrung zu akzeptieren, und vieles mehr). Dies erklärt zum Teil, warum die Globalen Aktionstage gegen Kapitalismus (welche im Mai 1998 starteten, allerdings erst seit November 1999 von den Medien beachtet wurden) solch eine Anziehungskraft unter den Menschen aus verschiedenen Kämpfen hatten.

Genauso wichtig, wie die Diskurse, waren die Praktiken: zu einem erhelblichen Teil konnten wir die Legitimität der Macht (was viele Menschen zuvor bereits versuchten) deshalb attakieren, weil Formen der Artikulation, Aktion und Kommunikation gewählt wurden, die die globalen emanzpiatorischen Netzwerke immun gegen viele der Probleme machten, welche ‚linke' Kämpfe lange Zeit plagten:

- Die kollektive Artikulation der Globalen Aktionstage basierte auf **Dezentralisierung und Autonomie**, auf Räume und Instrumente der Kommunikation und Koordination zwischen Menschen, die für sich selber denken, handeln und sprechen. Die Ablehnung jeder Form der kollektiven Identität für die Netzwerke, der zentralen Finanzierung, der permanenten Repräsentation gegenüber der Medien, der mandatierten Vermittler gegenüber den politischen Insitutionen und der Etablierung anderer Machtstrukturen, machte es strukturell unmöglich, die Netzwerke zu spalten, korrumpieren, domestizieren oder kooptieren, und gab uns eine beispiellose Handlungsfähigkeit und Dynamik.
- Die **Kombination vielfältiger partizipatorischer Aktionsformen** (artistische Ausdrucksformen, direkte Aktionen gegen kapitalistische Symbole, ziviler Ungehorsam, usw.) hatten einen starken kommunikativen Effekt. Es stellte eine eindeutige und kraftvolle Stellungnahme dar in der Ablehnung der globalen Machtstrukturen und dem Untergraben ihrer Legitimität. Dies zog sehr schnell eine massive öffentliche Sympathie für die Netzwerke nach sich. Die Kriminalisierungskampagne, die von den Massenmedien und den voreingenommeneren NGOs vorangetrieben wurde, hatte, zumindest bis Genua, den gegeteiligen Effekt: statt die Netzwerke zu isolieren oder zu schwächen, stärkten die Kampagnen selbige noch, indem sie ihre Sichtbarkeit vermehrten.
- Die **Vielfalt und Vielzahl der dezentralen Mittel und Kanäle der Kommunikation** hat selbstorganisierte, chaotische (im besten Sinne des Wortes) und dynamische Systeme geschaffen. Das Ergebnis ist so vielfältig und partizipatorisch, dass die Sicherheitssysteme des Staates immer nur kleine Happen und Stücke von Informationen bekommen konnten, aber nicht das gesamte Bild, was an den Globalen Aktionstagen passieren würde. Keiner konnte das, eben wegen der Flexibilität und Anpassungsfähigkeit der Aktionen, unterstützt von vielfältigen und effektiven Kommunikationsmitteln.

Es gibt viele Faktoren, die zur Erklärung beitragen, warum solch kraftvolle Diskurse und Praktiken von ‚unten' seit Mitte der 1990er Jahre aufkamen. Der wichtigste ist sicherlich das Ende des kalten Krieges und seines Gedankengerüstes, welches über Jahrzehnte hin von beiden Seiten des eisernen Vorhangs befördert wurde. Der düster-

[3] *Diese Kombination, die schon immer in mehr oder weniger abstrakten Begriffen existiert hat, wurde durch eine Reihe von Treffen konkretisiert, wie das „Intergalaktische Treffen" der EZLN in Chiapas 1996, der Peoples' Global Action-Konferenzen in den Jahren 1998, 1999 und 2001, und vielen weiteren.*

ste Effekt auf den sozialen Wandel war die Verengung der politischen Vorstellungskraft: die meisten Menschen wurden erfolgreich indoktriniert zu glauben, dass es zum Kapitalismus nur die Alternative eines staatszentrierten, hierarchischen, mit Kontroll- und Zwangsapparaten ausgestatteten „Sozialismus“ oder „Kommunismus“ (unabhängig von der konkreten Augestaltung) gebe. Selbst solche Leute in der Linken, die autoritäre Regime ablehnten, folgten oftmals festgelegten Rezepten für sozialen Wandel, welche auf die Etablierung der Hegemonie einer spezifischen Ideologie setzten, und deshalb wenig Raum für Vielfalt ließen[4]. Die Organisierungsformen waren demnach auf einen einzigen Machtbereich fokussiert, in welchem alle Entscheidungen zu treffen wären, und die einzige Unterscheidung war, ob dies durch zentralisierende Organe (Komitees, Ausschüsse) oder durch Versammlungen geschehen sollte. Jedoch gab es bemerkenswerte Ausnahmen, wie beispielsweise die Anti-Atom Bewegung, verschiedene gegenkulturelle Bewegungen der 1960er und 70er Jahre, welche den globalen emanzipatorischen Netzwerken viele Inspirationen und Erfahrungswerte liefern konnten.

Das Auftreten der globalen emanzipatorischen Netzwerke auf die politische Bühne kam für fast jedeN überraschend, doch brauchte es nicht lange, bis traditionelle Linke (v.a. bestimmte trotzkistische Parteien), einige Sektoren der klassischen Sozialdemokratie (v.a. in Frankreich und Brasilien) und NGOs, die wenig mit Emanzipation zu tun haben (inkl. Organisationen von Unternehmen) Versuche der Kooptation unternahmen, um daraus für ihre politische Legitimation Kapital zu schlagen. Die Gründung des Welt-Sozial-Forums (WSF) diente dabei als ein medienwirksames Mittel, um sich selbst als die moralische Führung der ‚Anti-Globalisierungsbewegung' zu präsentieren – und das mit gemischten Resultaten: Einerseits erweiterte es die sogenannte ‚Anti-Globalisierungsbewegung' und gab ihr ein ‚anständiges' öffentliches Image, womit die generalisierte Kriminalisierung abgewendet[5] und die Delegitimierung der neoliberalen Ideologie, und damit von Macht, beschleunigt wurde. Andererseits höhlten die WSF-Erklärungen bewusst die Radikalität und den Zusammenhalt dessen auf, was die Medien als Diskurs der ‚Anti-Globalisierungsbewegung' präsentieren. Denn die vom WSF vorgeschlagenen ‚Alternativen' zum Neoliberalismus basieren allesamt auf Kapitalismus und Bürokratie (entweder des Staates oder multilateral). Schlimmer noch, hält es doch dazu an, einheitliche Plattformen als ein Organisationsinstrument zu nutzen, während die Vielfalt von Positionen auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner homogenisiert wird, welcher keineN zufrieden stellen kann, und was das genaue Gegenteil von Dezentralisierung und Autonomie ist. Das Bild einer einheitlichen Bewegung, wie es beim WSF von den Medien gezeichnet wurde, hat zwar nicht die globalen emanzipatorischen Netzwerke kooptiert oder domestiziert, jedoch beeinflusst es teilweise deren Strategien der Koalitionsbildung.

Von der Ideologie zur Angst

Nach den Attacken des 11.September hat sich die Quelle der Legitimität von Macht radikal geändert.[6] Der abstrakte Diskurs über die Überlegenheit des Markts ist nicht mehr länger notwendig, denn wir kehren zurück zu den alten Tagen der Herrschaft durch Angst und Abschreckung (besonders in den USA), ohne das kleinste Zeichen von Gegenwehr seitens der westlichen Bevölkerung, und nicht selten mit ihrer Teilnahme und Unterstützung. Die 1930er Jahre haben bewiesen, dass autoritäre Regime viel effektiver und stabiler sind, wenn sie mit der Unterstützung der Bevölkerung und innerhalb eines ‚demokratischen Rahmens' installiert werden können, als wenn sie von oben den Menschen aufgezwungen werden – und die westlichen Regierungen haben ihre Lektionen gelernt.

Die mit diesem Krieg verbundene Metaphorik (das Martyrium des wichtigsten Symbols des globalen Kapitalismus und des Pentagon, der Zusammenstoß zwischen dem ‚demokratischen Westen' und der ‚barbarischen vormodernen Zivilisation', der ‚unwiderlegbare Beweis', dass Misstrauen gegenüber MigrantInnen gerechtfertigt ist, der Aufstieg der Religion zu einem Schlüsselfaktor des Politischen, usw.) ist überaus geeignet für eine Kontroll-Gesellschaft. Es liefert einen perfekten Sündenbock für die sozialen Spannungen durch ökonomische Umstrukturierung, legitimiert Anti-Terrorismus Gesetze, welche Menschen kriminalisiert (oder zumindest ausgrenzt) auf der Basis ihrer Hautfarbe, Nationalität und politischen Aktivitäten,[7] es erlaubt dem Big Brother die Ausweitung einer unglaublichen Bandbreite an Instrumenten der sozialen Kontrolle (z.B. ECHELON, CCTV-Kameras, biometrische Datenerhebungen, das Schengen Informations System (ISI), EURODAC, usw. – die Londoner Polizei plant sogar die Einrichtung einer Datei für Kinder mit ‚kriminellem Potenzial', um ihr Verhalten während der Wachstums- und Entwicklungsphase zu erfassen!) Wie in den 1930er Jahren zielt staatlich regulierte, unmenschliche Behandlung auf spezifische Gruppen (heute AusländerInnen, morgen vielleicht AktivistInnen?). Die Rechtfertigung dazu und zur Invasion in die öffentliche Sphäre wird mithilfe einer Verknüpfung von Argumentationen der Sicherheit, des Nationalismus und der ‚Kultur' sichergestellt.

Es mag ein Zufall sein, dass der heutige ‚Un-Sicherheitsstaat' mit seinem Überwachungs- und Militarisierungs-Wahnsinn zu einer Zeit begann, als die westlichen Ökonomien einer massiven Rezession gegenüberstanden,[8] dass das Land, in welchem Al-Qaida seine Basis hat, von großer geostrategischer Wichtigkeit ist, und dass die Länder, in welchen der Feldzug fortgesetzt werden soll (v.a. Irak und iran) zu den größten Ölproduzenten der Welt gehören. All dies stellt eine Reihe sehr günstiger Umstände dar für die politischen Berater, die die Ölindustrie in die US-Regierung platziert hat, und für ihre westlichen Aliierten.

---

[4] *Diese Beschreibung ist nur für den Westen relevant, nicht für Teile der Welt, in welchen alte und neue Formen sozialer Beziehungen auf einer gemeinschaftlichen Basis bestehen, wie in indigenen Bevölkerungen, in kleinbäuerlichen Kulturen, usw.*

[5] *Teile der Netzwerke, die bereit waren, direkte Aktionen gegen Eigentum durchzuführen, wurden jedoch aktiv von RepräsentantInnen einiger Organisationen, die im WSF großen Einfluss haben, kriminalisiert, wie z.B. von ATTAC.*

[6] *Der vorliegende Text wird nicht tiefer in die Diskussion über Beteiligte und Motive der 11.09-Anschläge einsteigen, was den Rahmen sprengen würde und für die Schlussfolgerungen auch nicht von Belang ist. Es kann aber sinnvoll sein, die Beweismaterialien genauer zu studieren, die darauf verweisen, dass die US-Regierung durchaus wusste, was an diesem Tag geschehen sollte, aber nichts unternahm, um dies zu verhindern (viele dieser Materialien sind zusammengefasst unter http://emperors-clothes.com/indict/911page.htm)*

[7] *Das Anti-Terrorismus und Sicherheits-Gesetz, dass am 13.12.2001 in Großbritannien in Kraft trat, schafft die Unschuldsvermutung für Menschen nicht-britischer Nationalität ab, erlaubt deren willkürliche Festnahme auf unbestimmte Zeit, gibt der Polizei und den Geheimdiensten Zugriff auf die Daten der Telekommunikations-Unternehmen und verschiedener öffentlicher Dienststellen ohne Einverständnis durch einen Magistrat, usw. Dieses Gesetz verstößt gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, aber die Regierung Großbritanniens löste dieses Problem, indem sie den permanenten Notstand erklärte.*

[8] *Die wichtigsten staatlichen Mechanismen zur Ankurbelung der wirtschaftlichen Aktivität ist die Senkung der Zinsrate (welche die Federal Reserve Bank, Fed, festsetzt) und die Erhöhung der staatlichen Ausgaben (der Militärhaushalt ist dabei das bevorzugte Interventionsmittel). Die Fed hat seit 2000 die Zinsrate immer weiter gesenkt, um eine ökonomische Krise abzuwenden, in der die industrielle Produktion immer weiter geschrumpft ist. Im September 2001 war die Fed nahe an der 0%-Zinsrate, und die Anzeichen einer Rezession nahmen weiter zu.*

Sind wir Teil des Problems?
Die Antwort der globalen emanzipatorischen Netzwerke auf diese Entwicklungen ist bisher ziemlich ärmlich gewesen, obwohl es hier und da auch gute Beispiele gegeben hat. Häufiger aber sind wir zurückgefallen in die Logik ‚großer Koalitionen' und ‚einheitlicher Räume', um den Krieg anzuprangern. Viele von uns haben große Anstrengungen in breite aber ineffektive Kampagnen gesteckt, die durch Folgendes charakterisiert sind:

- eine **verkürzte Analyse**, die ihren Schwerpunkt auf die militärische Konfrontation im Süden legt, und die kaum die anderen Dimensionen des Krieges beachtet, womit indirekt die Voraussetzung akzeptiert wird, dass es sich hauptsächlich um einen Konflikt zwischen den wohlbekannten reichen Ländern im Norden und weniger bekannten armen Ländern im Süden handelt;
- eine **ärmliche Botschaft**, die den kleinsten gemeinsamen Nenner der verschiedenen, in der Kampagne beteiligten Gruppen darstellt, die meist auf der Linie ‚Stoppt den Krieg – Frieden jetzt' verläuft, und welche meistens diejenigen, die diese Botschaft ausrufen, selber nicht überzeugt, weil sie nichts über die Wurzeln des Konflikts aussagt;
- ziemlich **frustrierende Aktionsformen**, die uns darauf zurückstoßen, Anhängsel von Demos zu sein oder Kunststückchen für die Medien zu machen – damit willig die Rolle spielend, die unsere ‚Demokratien' für uns vorgesehen hat.

Weit entfernt davon, den Blick von Regierung und Medien auf diesen Krieg in Frage stellen zu können, verstärken wir diesen Blick durch solche Kampagnen sogar noch: wir leisten den Herrschenden eine großen Dienst, indem wir ihren Blick auf den Konflikt von der ‚Gegenseite' spiegeln – wodurch wir den ultimativen Beweis für dessen Berechtigung liefern. Die zentrale Auswirkung unserer Hintergrundgeräusche des Protestes ist, der Illusion von Demokratie in den westlichen Ländern Nahrung zu geben, denn sie ist ein wichtiger Teil der ‚schönen' politischen Landschaft, wie sie von den TV-Bildschirmen aus in die Köpfe der Menschen projiziert wird. Es trägt noch nicht einmal zur Informierung der Öffentlichkeit bei: das meiste, dass wir in den Kampagnen sagen, ist bereits gesagt worden, manchmal sogar besser, durch die Mainstream-Medien. Aus diesem Grunde ist es nicht erstaunlich, dass die Post-11.09 Anti-Kriegs Kampagne die Phantasie vieler Menschen nicht ergriffen hat, und dass die Aktionen eher schwach und wenig überzeugend gewesen sind.

Wir versauen uns gerade, was vielleicht als die wichtigste Veränderung in Herrschafts- und Unterdrückungsmustern seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges verstanden werden muss, und wir reden noch nicht einmal darüber! Die meisten von uns scheinen so weiterzumachen wie bisher, so als hätte sich nichts verändert. Zum Teil ist das gut, denn es zeigt, dass die Menschen nicht total paralysiert sind, und es können klare Botschaften eines kontinuierlichen Widerstands ausgesendet werden (wie z.B. bei der Mobilisierung gegen den EU-Gipfel in Barcelona, die über ein halbe Millionen Menschen auf die Straße brachte, um ihre Ablehnung des Kapitalismus auszudrücken). Wenn wir aber wirklich etwas bewirken wollen, müssen wir anfangen dorthin zu zielen, wo es am meisten schmerzt, und zwar auf die Wurzeln der Legitimität von Macht: die soziale Angst.

Ausbruch!

Die partizipatorische Schaffung einer gemeinsamen Analyse, die verschiedene emanzipatorische Kämpfe verbindet, welche zuvor isoliert waren, brachte die Prozesse der anti-kapitalistischen Kommunikation und Koordination auf ein neues Niveau.[9] Es wäre an der Zeit, dass wir einen Prozess der gemeinsamen Analyse und Aktion gegen den Krieg der globalen Hegemonie beginnen - ein Prozess, der aus der ‚breiten Koalitions-Politik', wie sie oben geschrieben wurde, ausbricht, der aber so weit wie möglich an die globalen emanzipatorischen Netzwerke anschließt. Einige Räume, in denen dies geschehen könnte, wären:

- zwei Ereignisse, die in diesem Jahr in Europa zu weiteren Diskussion genutzt werden könnten: das Grenzcamp gegen das Schengen Informations System (ISI) in Strassbourg, und der NATO-Gipfel im November in Prag;
- die Europäische Soziale Befragung (European Social Consulta), die gerade erst Gestalt anzunehmen beginnt. Die Leute, die gerade die Internet-Kommunikationsmittel dazu vorbereiten, würden sich freuen, wenn diese für die Diskussion über den Krieg genutzt würden, was auch ein Testlauf für die Consulta selber sein könnte.
- Auf der 3.Peoples' Global Action-Konferenz im September 2001 wurde beschlossen, das Potenzial für die Artikulation langfristiger globaler Kampagnen (global sustained campaigns)[10] zu verschiedenen Themen zu erkunden, darunter auch Militarismus/Paramilitarismus. Die Konferenz war lediglich der Startpunkt eines Prozesses in Richtung globaler Kampagnen, der von ‚unten' weiter Gestalt annehmen soll, aber bisher noch nicht wirklich angefangen hat.

Das Anliegen dieses Beitrages ist es, die Diskussion und Kommunikation über das Thema „Post-11.09-Krieg" zu fördern. Vorschläge für konkrete Aktionen sollten aus dem kollektiven Diskussionprozess entstehen, und es gibt die Idee, dass diese in späteren Versionen dieses Artikels (der auch als ein Kommunikationsmittel dienen soll) festgehalten werden. Zum Schluss noch ein paar unspezifische Hinweise für die Debatte:

- Wenn wir soziale Angst angehen wollen, brauchen wir Verbesserungen unserer Kommunikationskapazitäten mit gesellschaftlichen Sektoren, die sich selber als ‚unpolitisch' bezeichnen würden, und das erfordert kulturelle Flexibilität. Videospiele, Feste und Kochkurse mögen da effektivere Kommunikationsmittel sein als Konferenzen (und vielleicht auch interessantere).
- Es gibt viele Möglichkeiten für den nützlichen Austausch technischer Fertigkeiten und organisatorischer Erfahrungen.
- Einige Menschen könnten bald mit der Organisation eines Arbeitstreffens (oder mehrerer simultaner Treffen) mit verschiedenen Personen und Bewegungen, die in unterschiedlicher Weise vom globalen Krieg betroffen sind, anfangen.
- Es startet gerade eine Rundreise, auf der Menschen aus Kolumbien und Chiapas Veranstaltungen machen, und die die Diskussion um internationale Begleitung in Kriegsgebieten und BeobachterInnen als menschliche Schutzschilder vorantreiben soll. Diese Diskussion könnte verknüpft werden mit Erfahrungen, die zur Zeit in Palästina gewonnen werden.

Düsseldorf, 27.April

---

[9] *Das PGA-Manifest, auf der ersten Konferenz 1998 mit eben dieser Philosophie im Hintergrund verfasst, war die Grundlage, auf der sich die Globalen Aktionstage gründeten – wobei sie später natürlich ihre eigenen Dynamiken und Inhalte entwickelten.*

[10] *JedeR, insbesondere die südlichen Basisbewegungen, fühlten die Notwendigkeit, über die Globalen Aktionstage gegen Ka-. pitalismus hinauszugehen. Die Aktionstage wurden als effektive Mittel gewürdigt, um die Artikulation lokaler und internationaler Netzwerke voranzubringen, um sozialen Antagonismen Sichtbarkeit zu verleihen, um aktive Beteiligung vieler neuer Leute zu befördern, und manchmal auch um den Machtstrukturen ein paar Probleme zu bereiten. Jedoch war es Konsens, dass wir diese Aktionen mit langfristigen, dezentralen und autonomen Prozessen der Diskussion, Kommunikation und Koordination vervollständigen müssen.*

VERANSTALTUNGSKALENDER DER ROTEN FLORA JULI 2002



Montag 1.7. 21Uhr Konzert: Kaospilot (chaotischer HC aus Norwegen)

Dienstag 2.7. 18-23Uhr Dubcafe_Black Famous Sound

Donnerstag 4.7. 19.30 Uhr AntiAtomCafe zeigt den Film „es begann mit einer Lüge" über den NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien

Freitag 5.7. 21Uhr Konzert: Deelize, Grangold, Sonax,Langstreckenläufer

Samstag 6.7. verschoben auf den 3. August!: die soli-party fuer das ordnungswidrige land-in-sicht-camp im august in hamburg.

Dienstag 9.7. 18-23Uhr Dubcafe_ Inity Sound

Donnerstag11.7. 21Uhr Tomodachi präsentiert: Im Fernsehen kommt nix! Der lesbisch-schwule After Work Club mit 5 Djs: Herry Starkers-indierock to punkracket n Progress-Stax Soul Disco hankpapa-Indie,powerpop, tlp (tha lil princiz) - ;elektronische leckereien the dj presently known as frau keller-house bis pop in eigenartigen Sprachen

Freitag 12.7. 18-23Uhr Dubcafe Allstars Party Black Famous Sound ,Weed Acoustix ,I-tal Acoustic, Irie Community Sound

Samstag 13.7. 22Uhr disco nn æcting sense fuer rote rosen und technik die begeistert: neue zaehne fuer studio f ! soli-party auf 3 ebenen: mit den glow girls (rock-elektro-pop) und luka skywalker (house) auf dem main floor, upsetting station (ska) und sonido bestial (latin) im 1. stock, punk und emo im keller und filmausschnitten von lignas radioballett. Info: seit 18 monaten sendet das freie sender kombinat jeden sonntag ganztaegig auf 93.0 mhz live aus der roten flora: dabei geht es um die bedingungen und moeglichkeiten einer anderen sendepraxis, einer praxis, die darauf verweist, dass prinzipiell jede von ueberall senden kann. und es geht in zeiten von schulter-piazza, schill und buergerblock um eine solidarische verbindung zweier linker projekte.

Montag 15.7. 21Uhr HC-Konzert:Terror Art

Dienstag 16.7. 18-23Uhr Dubcafe_ ital Acoustic

Donnerstag 18.7. !9.30 AntiAtomCafe zeigt den Film „Uranangereicherte Waffen im Einsatz und die Folgen für die Menschen im Irak

21Uhr Konzert: T.N.T, Idiot Savant (emocrustviolence)

Freitag 19.7. 21Uhr Konzert : Highscore bester Hardcorepunk aus Münster

Samstag 20.7. 23Uhr Florasoliparty - ; Reggae Dancehall, HipHop, Soul, d'n'b, jungle

Dienstag 23.7. 18-23Uhr Dubcafe_weed acoustix

Freitag 26.7. 23Uhr hobbykeller hamburg e.V. goes reggae

Samstag 27.7. 23Uhr rinse.out soundsystem pres. soli for Antifa DJ's: dj data vs. mosaicos B2B (Logic/rinse.out) goodfella (digital.skillz), kriz vs. gerald steyer B2B (hoch10) koolK vs. padde B2B (redirect rec./dunkelbunt) dj fu (30cycles) der musikalische Teil: Am 27.7.02 ist es mal wieder soweit. das rinse.out soundsystem bittet freunde des drum'n bass zum tanz. nach fast zweijähriger pause in dieser location haben wir uns mit freunden und mitstreitern der hamburger drum'n bass szene zusammen getan um einen einmaligen event als soli-party für kriminalisierte Antifas zu präsentieren. Da fast jeder von uns seine ersten gehversuche als dj oder Veranstalter in der Roten Flora absolviert hat fiel es nicht schwer die beteiligten zu einem solchen event zu motivieren. Das line up dieser party liest sich deshalb auch wie das "who is who" der Hamburger drum n'bass aktivisten. Mit von der partie sind mitglieder der rinse.out, logic, digital.skills, hoch10,redirect rec., sowie 30cycles crew und überraschungsgäste am mikrofon. Wir freuen uns auf diesen event und hoffen auf zahlreiches erscheinen da alle einnahmen als unterstützung für kriminalisierte Antifas verwendet werden...

Dienstag 30.7. 18.23Uhr Dubcafe_t.b.

Rote Flora - REGELMÄßIGE TERMINE:		
Montag	ab 19Uhr	Kochsession veganes essen
Montag	ab 17Uhr	offenes Motoradwerkstattschrauben und klönen
Montag	18:30-21Uhr	Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt
Montag und Donnerstag	17-19 Uhr	Archive der sozialen Bewegung Tel.: 433007
Dienstag	18-23 Uhr	Dubcafe
Mittwoch	17 Uhr	„art?-cafe"
Donnerstag (1.+3.)	ab 19 Uhr	Kochkollektiv veganes essen
Donnerstag (2.+4.)	ab 19:30Uhr	Anti Castor Cafe
Sonntag	ganztägig	Studio F sendet aus der Flora (fsk 93.0)
Sonntag	ab 17 Uhr	Cafe Niemandsland
		richtige Politik, echter Kaffee und frischer Kuchen

